ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Mitgliederversammlung*

Tagesordnungspunkt: *13.2. Leitantrag des Bundesvorstands*

LANEU: Wahlprogramme

Antragstext

JUNOS Schüler:innen ist kein Selbstzweck. Uns geht’s nicht einfach darum, große Partys zu veranstalten. Uns geht’s nicht darum, einfach nur ein großer Freundeskreis zu sein. Uns geht’s nicht darum, eine weitere Sandkiste für die Politiker:innen von morgen zu sein. Uns geht’s darum zu gestalten. Wir treten mit Inhalten an.

Wir haben uns gegründet, weil es so nicht mehr weitergehen kann. Weil es endlich eine echte liberale Bildungspolitik braucht. Weil es eine Schule braucht, die uns zu wirklich zu freien, mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen macht. Weil wir kein Schulsystem wollen, dass seine Schüler:innen nur in Schubladen steckt und hemmt, anstatt sie mit den Chancen auszustatten, die sie für ein freies Leben brauchen. Weil es im österreichischen Bildungssystem nicht mehr, sondern weniger Vorschriften braucht. Weil Demokratie und Transparenz für uns selbstverständlich sind.

Unser Ideal für die Schule lässt sich auf eine zentrale Idee herunterbrechen: Uns geht es um eine Schule der Freiheit. Eine Schule, die uns zu selbstbestimmten Bürger:innen macht. Eine Schule, die uns gerechte Chancen bietet. Eine Schule, die Freiheit auf allen Ebenen ermöglicht.

Dieses Programm geht mit einem Anspruch einher. Wir wollen die Landesschüler:innenvertretungen und die Bundesschüler:innenvertretung endlich zum Motor der Veränderung im Bildungssystem machen. Wir wollen, dass sich die Schüler:innenpolitik nicht durch den dreckigsten Wahlkampf auszeichnet, sondern durch die größten Ideen. Und genau solche Ideen wollen wir im ersten Teil dieses Wahlprogramms vorlegen.

Um ein echter Motor der Veränderung zu sein, reicht es aber nicht, nur große Visionen aufzuzeigen. Wir wollen in den Landesschüler:innenvertretungen auch

konkrete Projekte umsetzen. In allen neun Bundesländern haben wir also Projekte festgelegt, die wir mit einer Mehrheit in der Landesschüler:innenvertretung von Tag eins an umsetzen wollen.

Jetzt bist du am Zug:

Du kannst mit JUNOS Schüler:innen für Fortschritt statt Stillstand sorgen und somit einen Zukunftsmotor in deine LSV bringen!

Freiheit

Unsere Vision ist eine Schule der Freiheit. Um das Beste aus unserem Bildungssystem herauszuholen, braucht es Autonomie und Gestaltungsfreiraum. Diese Freiheit braucht es sowohl für die Schüler:innen selbst als auch den Schulstandort. Das österreichische Bildungssystem muss vielfältiger werden, um sich an die Bedürfnisse der Schüler:innen anpassen zu können. Um diese Individualität zu gewährleisten, muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch, was sie sein will.

Schulautonomie

Schulautonomie ist das Herzstück eines liberalen Bildungssystems. Die Entscheidungskompetenz über Bildung soll dort liegen, wo diese auch stattfindet: an den Schulen selbst. Das Bildungsministerium beschränkt sich darauf, den Rahmen des Bildungssystems festzulegen. Die Schulen erhalten die Freiheit, selbst über das Bildungsangebot, über Inhalt und Form der Lehre, Beurteilungskriterien sowie über die eigenen Ausgaben zu entscheiden. Schulen sollen die Möglichkeit haben, sich ihr Lehrpersonal selbst auszusuchen, denn sie wissen am besten was und wen sie brauchen.

- Wir fordern, dass den einzelnen Schulen volle Personalhoheit zugestanden wird. Ein objektivierbares und bei Möglichkeit anonymisiertes Rahmenverfahren soll hierfür herangezogen werden, um gegen Rassismus und andere subjektive Wahrnehmung im Einstellungsprozess vorzugehen. Dabei sollen die Schüler:innenvertreter:innen im Bewerbungsverfahren involviert sein, nach verpflichtender Aufklärung durch die Direktion über den Prozess einer Bewerbung und genug Informationen, sowie Aufklärung über das Tätigkeitsprofil der gesuchten Lehrkraft.

- Wir fordern, dass Schulen auch autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Matura hingearbeitet wird, soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen und Neueinteilungen vorzunehmen. Dies soll im SGA entschieden werden. Hierzu sollen stichprobenartig Kontrollen der Bildungsdirektion im jeweiligen Bundesland stattfinden, um einen konformen Ablauf zu gewährleisten.

Bildungsservice statt Bildungsdirektion

Die Bildungsdirektionen sind derzeit mit sehr viel Macht ausgestattet. Sie vollziehen das gesamte Schulrecht in ihrem Bundesland, vollziehen also zum Beispiel das Dienstrecht gegenüber dem Lehrkörper und den Direktor:innen und zeichnen verantwortlich für die Organisationsformen der Schulen. Viel zu oft liegt es an der viel zu politisierten Bildungsdirektion, die Schulen zu kontrollieren - oder vielmehr einzuschränken. Ein echtes und mutiges Autonomiepaket würde ihnen diese Kompetenzen nehmen. Wir wollen sie von einem Kontrollorgan zu einem Serviceorgan machen.

- Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices mit einem breiten Fortbildungsangebot für Lehrkräfte und Direktionen den Schulen unter den Arm greifen sollen. Sie sollen dabei neuartige pädagogische Konzepte weiterreichen und unter den betroffenen Stakeholder:innen verbreiten - das kann zum Beispiel auch die Schüler:innenvertreter:innen betreffen.

- Wir fordern, dass die neuen Bildungsservices auch über ein Budget verfügen sollen, um innovative Projekte an Schulen zu fördern. Hierbei gilt es vor allem, bestehende Erfolgsbeispiele herauszugreifen und dabei mitzuhelfen, sie in weiteren Schulen zu implementieren. Dadurch können die neuen Bildungsservices zu wirkmächtigen Innovationstreibern im österreichischen Bildungssystem werden - und neben mehr Wettbewerb und Autonomie einen zentralen Platz in einem leistungsfähigeren System einnehmen.

Zusammenarbeit stärken

Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essenziell. Das Modell des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders.

- Wir fordern, dass Schulen Cluster bilden sollen. Dabei handelt es sich um eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass Schüler:innen einen Teil des Unterrichts in einer anderen (Partner-)Schule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der beteiligten SGAs bedürfen.

Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur:innen rund um die Schule einbindet und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzten, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln.

- Wir fordern ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen von einem Jahr aufs Nächste besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert:innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

Freiheit für Schüler:innen

Schüler:innen werden in ein jahrzehntealtes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche alle Schüler:innen besitzen sollte, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wider. Wenn Schüler:innen nach der Schule verantwortungsbewusste Personen sein sollen, muss man ihnen auch schon in der Schule Verantwortung geben.

- Wir fordern die Einführung eines modularen Systems mit Grundkursen, die jede:r Schüler:in absolviert und darauf aufbauend frei wählbare Fächer. Konzepte wie Clusterschulen erachten wir in diesem Zusammenhang für sinnvoll. Schüler:innen müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen. Einzig das bisher vorhandene Wissen soll entscheidend sein.

- Wir fordern, dass Schüler:innen in der Oberstufe ab einer gewissen Leistung vom Unterricht fernbleiben dürfen, um ihnen mehr Freiheit zu geben.

- Wir fordern, dass es Schüler:innen leichter gemacht wird, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule und vom Bildungsministerium finanziell unterstützt werden, damit die Schüler:innen gelegentlich Ausflüge oder Sonstiges machen können. Für die Schule und das Bildungsministerium allerdings bleibt es natürlich möglich, nachzuverfolgen, wohin das Geld investiert wurde. Clubs soll die Möglichkeit gegeben werden, landesweit zu agieren und sich mit anderen Schulen zusammenzuschließen.

- Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt dabei unterstützt werden an Programmen wie Erasmus+ teilzunehmen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler:innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden. Schüler:innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es ökonomisch schwächere Schüler:innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.

- Wir fordern, dass Schüler:innen vermehrt Aufgaben selbstständig und eigenverantwortlich abseits des starren Frontalunterrichts erledigen. Besonders wichtig sind hier Gruppenarbeiten, um Teamfähigkeit und Organisation besser zu erlernen.

Individueller Bildungsweg

Oftmals wird der Bildungsweg für Schüler:innen vorgegeben. Die Wahlmöglichkeiten sind oft sehr eingeschränkt. Es muss klar sein, dass es nicht den einen richtigen Bildungsweg gibt.

- Wir fordern, dass die Lehre aufgewertet wird und spätestens in der Oberstufe über die Wahlmöglichkeiten, wie beispielsweise das Studium, vermehrt aufgeklärt werden. Dazu gehört aber auch, vielfältigere Bildungswege zu schaffen.

Matura

Die Matura wird oft als Schlüssel zum Leben in Freiheit gesehen. Dazu gehört aber, dass diese zentralisierter wird und aufgewertet wird.

- Wir fordern eine wirklich zentrale Matura. Die Korrektur hat von einer Lehrkraft einer anderen Schule vorgenommen zu werden, und die Arbeiten müssen anonymisiert werden. Die Matura soll auch die erbrachten Leistungen der Oberstufe berücksichtigen. Hier gilt es eine stichprobenartige Kontrolle der Benotung durchzuführen.

Chancengerechtigkeit

Die Schule muss, davon sind wir überzeugt, jedem:r Schüler:in die Chancen bieten, die er oder sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen kann, reproduziert sie immer neue Ungerechtigkeiten.

Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit dem Ende der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Dieser Zeitpunkt der Trennung ist unseres Erachtens nach viel zu früh. Um diese viel zu frühe und strikte Trennung zu entschärfen, braucht es eine differenziertere und gerechtere Lösung.

- Wir fordern also eine gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung in der Sekundarstufe I. Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schüler:innen beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schülerinnen und Schüler weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass der Grundsatz von so viel Schulautonomie wie möglich und so wenig Zentralisierung wie nötig

gelten soll.

Finanzierung durch Bildungsschecks

Schulen müssen ein Interesse daran haben, Schüler:innen von ihren Leistungen zu überzeugen. Sich stetig zu verbessern, Neues umzusetzen und Vorreiterrollen einzunehmen, muss zur Aufgabe einer jeden Schule werden und soll gewährleisten, dass wir Bildungsstätten, statt Betreuungsstätten schaffen. Es braucht den Wettbewerb zwischen den Schulen, um die besten Ideen hervorzubringen und das geht nur über das Prinzip von Angebot und Nachfrage.

- Wir fordern, dass jeder Mensch zwischen dem 2. und dem 20. Lebensjahr (bis zur vollendeten Volljährigkeit via seinen Erziehungsberechtigten, darüber hinaus direkt selbst) einen Bildungsscheck erhält. Dieser kann in jeder Bildungseinrichtung inklusive elementarpädagogischen Einrichtungen, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen jeglicher Art sowie Kursen, eingelöst werden. Dabei sind sowohl private als auch öffentliche Träger inkludiert. Anteilig soll jene Summe des Schulbudgets geteilt durch die Anzahl der Schüler:innen, die Höhe der Schecks ausmachen. Hierbei gilt es das Bildungsbudget grundsätzlich auf 6,5% des BIP zu erhöhen.

- Wir fordern, dass Schülerinnen mit mehr Förderbedarf, sprich jene mit zum Beispiel nicht-deutscher Muttersprache oder solchen aus bildungsferneren Familien, anteilig einen höheren Bildungsscheck ausgezahlt wird.

Mit diesen Mehreinnahmen können Schulen innovative Projekte, mehr Personal und Einzelmaßnahmen für eine chancengerechte Schule bereitstellen. Diese können beispielsweise in Absprache mit Expert:innen individuell adaptiert werden. Gleichzeitig führt diese Maßnahme dazu, dass Schulen keine direkten Nachteile dadurch erleiden, wenn diese Schüler:innen mit mehr Förderbedarf unterrichten. Das führt wiederum zu einer erhöhten sozialen Durchmischung. Auch können einzelne Standorte mit erhöhtem Bedarf besonderes Know-How in dem Bereich aufbauen und praxisorientiert Vorreiterpositionen einnehmen.

Ganztagsschule

Für uns heißt Chancengerechtigkeit auch, dass der Bildungsgrad nicht nur von dem der Eltern abhängt. In einem chancengerechten Bildungssystem soll der

Bildungsgrad der Eltern genau so wenig eine Rolle spielen wie deren finanzielle Ressourcen.

- Wir fordern daher die flächendeckende Einführung der Ganztagsschule in Österreich. Diese soll absolut kostenfrei sein. Eine Ganztagsschule muss jedoch auch auf die Bedürfnisse der Schüler:innen eingehen, und mehr als eine reine Betreuungsstätte sein. Denn eine Schule kann nur dann eine echte Schule sein, wenn die Schüler:innen sie nicht als Zwang und Einengung erleben. Deshalb dürfen die Schüler:innen nicht zu stundenlangen Frontalunterricht gezwungen werden. Im Sinne der Schulautonomie, soll es dennoch möglich sein in begründeten Fällen das Modell der Halbtagesschule zu wählen.

Gleichberechtigung in der Schule

Bildung als Motor für gesellschaftliche Entwicklung spielt eine bedeutsame Rolle – nur wenn bereits Kinder für Gleichberechtigung sensibilisiert werden, frei von Stereotypen und Geschlechterklischees sowie ohne Tabus aufwachsen, kann das Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft erreicht werden.

- Wir fordern also, dass das didaktische Prinzip der Geschlechtssensibilität vermehrt im Lehramtsstudium thematisiert wird und durch Fortbildungen zunehmend Einzug in österreichische Klassenzimmer erhält. Dabei spielt die Thematisierung von “rolemodels” und die Distanzierung von Rollenklischees eine wichtige Rolle.

- Wir fordern, dass der Sportunterricht nicht mehr geschlechtergetrennt abläuft, sondern dieser grundsätzlich koedukativ gestaltet wird. In gewissen Situationen muss es jedoch differenzierte Ansätze geben, um auf alle Interessen acht zu geben. Im gemeinsamen Turnunterricht sollen auch zwei Lehrer:innen unterrichten. Beide sollten nicht das gleiche Geschlecht haben, um allen Schüler:innen eine Ansprechperson zu bieten.

- Wir fordern eine grundsätzliche Verankerung der Geschichte des Feminismus im Lehrplan und eine gleichberechtigtere Darstellung beider Geschlechter in der Geschichte.

- Wir fordern, dass Schüler:innen Informationen darüber erhalten, wo sie

Geschlechterdiskriminierung seitens Lehrer:innen melden können. Sollte es keine Meldestelle geben, soll eine geschaffen werden.

Integration als Chancenmotor

Ein wirklich funktionierendes Zusammenleben kann nur zustandekommen, wenn Integrationsmaßnahmen nicht von oben herab vorgeschrieben werden. In diesem Sinne setzen wir auch nicht auf Top-Down-Maßnahmen, um Integration in den Schulen „vorzuschreiben“, sondern wollen die Schulen ermutigen eigene Wege zu gehen.

- Wir fordern, dass die Schulen in eigenen Integrationsplänen selbstständig Maßnahmen definieren, um das Ziel einer gelungenen Integration aller Schüler:innen in das Schulleben zu erreichen. Dabei sollen Expert:innen des Bildungsministeriums unterstützen und evaluieren. Es ist hierbei elementar, dass die Direktionen und SGA Mitglieder über ausreichend Kompetenz beim Thema Integration verfügen, dies soll unter anderem durch Schulungen erreicht werden.

- Wir fordern, dass Schulen dabei unterstützt werden beim Fremdsprachenunterricht zu kooperieren, um so das Fremdsprachenangebot zu erweitern. So kann das Verständnis für verschiedene Kulturen erweitert werden.

- Wir fordern statt pauschalisierenden Deutschförderklassen individuelle Deutschförderung. In diesem Zusammenhang fordern wie ein Stufen-Modell, damit die Deutschförderung an das individuelle Deutschniveau angepasst werden kann.

- Wir fordern, dass Lehrkräfte gezielt zum Thema Integration in der Schule ausgebildet werden. Darüber hinaus braucht es eine Kampagne, die darauf abzielt, mehr kulturelle, sprachliche, soziale und geschlechtliche Diversität ins Lehrpersonal zu bringen.

Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

- Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag legen.

Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von der Schüler:in bzw. der Eltern zu tragen.

Gleichzeitig soll in der Schule über die Strafmündigkeit aufgeklärt werden, als auch Informationen über die Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden.

Der Religionsunterricht kann unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren können. Aufgrunddessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem funktionierende Kontrolle.

- Wir fordern eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst, damit Radikalisierung nicht im Klassenzimmer stattfinden kann

Um den immer größerwerdenden Herausforderungen beim Thema der Integration gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar, dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft. Um Demokratiefeindlichkeit zuvorzukommen und um in Härtefällen eingreifen zu können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung für alle in der Schule.

- Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung unterrichtet wird

Förderung für jede:n

In diesem Jahrhundert kann es nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung unzureichend individuell gefördert werden. Es braucht hier größtmögliche Freiheit durch Inklusion, statt Separation.

- Wir fordern, dass mit künftigen Um- und Neubauten, Schulen barrierefrei gemacht werden und Schulen, die gerade nicht barrierefrei sind, oder nicht über die technische Infrastruktur verfügen, vom Bildungsministerium angeregt und gefördert werden, dies zu ändern.

- Wir fordern, dass Sonderschulen für alle Schüler:innen geöffnet werden und dass es langfristig keine Sonderschulen mehr gibt bzw. jede Schule eine solche wird. Dadurch wird jede Schule, auch jede derzeitige Sonderschule, automatisch zu einer inklusiven Schule, die jede:r besuchen kann.

- Wir fordern die Einführung eines Inklusionsbonus im Rahmen eines transparenten Chancenindex für die Finanzierung von Schulen. Expert:innen sollen hierbei die Höhe der Boni auf Basis von verschiedenen Faktoren (z.B. Grad der Behinderung, etc.) festlegen. Die Boni sollten jedenfalls an die Inflation indexiert werden.

- Wir fordern, dass allen Lehrkräften während des Lehramtsstudiums die Grundlagen der inklusiven Pädagogik vermittelt werden.

- Wir fordern, dass es genügend Weiterbildungen in Sachen inklusiver Unterricht gibt, damit auch für schon länger unterrichtende Lehrkräfte Inklusion zur Normalität wird und sie auf alle ihre Schüler:innen gebührend eingehen können.

- Wir fordern, das Recht auf ein 11. und 12. Schuljahr für Jugendliche mit Behinderung. Es kann nicht sein, dass Schüler:innen mit Behinderung dafür immer noch eine Sondergenehmigung brauchen.

- Wir fordern, dass bereits in der Volksschule Workshops, bestenfalls von externen Personen, stattfinden, um den Schüler:innen den Umgang mit dem Thema Behinderung zu lehren.

Mentale Gesundheit

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen. Das zeigen nicht nur Berichte von Schüler:innen und Lehrpersonal, sondern auch Studien. Stand November 2021 weisen 58% der 14-20-Jährigen Depressive Symptomatiken auf. Besonders dramatisch ist, dass Stand November 2021 44% der 14-20-Jährigen Suizidale Gedanken aufweisen. [Piehet al., 2021, JAMA Network Open; Dale et al. Eur Child AdolescPsychiatry, 2022 (Online Studie, n=1.505)] Hier hat die Schule eine Mitverantwortung. Es braucht dringend staatliche Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften. So wie es in jeder Schule eine:n Schularzt bzw. Schulärztin gibt, braucht es in jeder Schule genug psychologisches und psychotherapeutisches Angebot.

- Wir fordern eine Steigerung der Menge an Schulpsycholog:innen an den einzelnen Schulen. Ziel sollte durch diese Steigerung sein, dass alle Schüler:innen regelmäßige Routineuntersuchungen bekommen.

Mündigkeit

Schule ist kein Selbstzweck, sondern soll Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes und mündiges Leben vorbereiten. Es braucht also eine Schule der Mündigkeit. Dieser Aufgabe wird Schule derzeit nicht gerecht, deshalb braucht es mutige Forderungen, damit Schule die Schüler:innen auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet.

Politische Mündigkeit

Demokratie muss man lernen. Und viel zu viele heutzutage sind dabei auf sich alleine gestellt. Nur in einer Gesellschaft, in der man von klein auf Demokratie lernt, versteht, wie sie funktioniert und ihre Prinzipien verinnerlicht, ist diese wirklich sicher. Dazu gehört auch zu lernen, wie man Quellen bzw. Medien analysiert und kritisch hinterfragt. Um Demokratie und deren Institution zu verstehen, reicht es aber nicht nur darüber zu lernen, sondern man muss sie auch erleben. Zur Demokratie gehört aber genauso die eigene Vertretung, über die man in der Schule lernen sollte. Die Schüler:innenvertretung ist ein Recht, über das aufgeklärt werden muss. Und genauso viel muss über andere Rechte in der Schule aufgeklärt werden.

- Wir fordern eine echte politische Bildung, die sich viel vertiefender mit unserer Demokratie befasst, ab der 7. Schulstufe, damit auch wirklich

jede:r von ihr profitieren kann.

- Wir fordern im Unterricht einen Fokus auf Institutionen-, Demokratie- und Medienkunde, um die Bürger:innen von morgen demokratiepolitisch zu bilden.

- Wir fordern, dass jede:r Schüler:in mindestens einmal während der Sekundarstufe I nach Wien und während der Sekundarstufe II nach Brüssel reisen soll, um unsere demokratischen Institutionen hautnah zu erleben. Für einkommensschwache Familien soll diese Reise leistbar gemacht werden.

- Wir fordern eine im Unterrichtsplan verankerte Aufklärung über die überschulische Vertretung LSV und BSV sowie die innerschulische Vertretung.

- Wir fordern, dass im Unterricht vermehrt Rechte unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft gelehrt werden.

- Wir fordern, dass Podiumsdiskussionen von Direktionen, Lehrkräften sowie der LSV gefördert werden, um den politischen Diskurs zu stärken. Darüber hinaus sollen für diesen Zweck auch vermehrt Diskussionsrunden im Klassenverband geführt werden.

Wirtschaftliche Mündigkeit

Im Moment ist es leider so, dass die wirtschaftliche Bildung der Schüler:innen von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Bei der großen Mehrheit der Schüler:innen kommt Wirtschafts- und Finanzbildung weiterhin zu kurz. Wir sind der festen Überzeugung, dass am Ende der Schulzeit alle Schüler:innen ein grundlegendes Verständnis für wirtschaftliche Fragen haben müssen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Damit Schule diesem Ziel gerecht werden kann, muss einerseits der Rahmen dafür geschaffen werden und andererseits die Methoden verändert werden.

- Wir fordern, dass das Fach “Geographie und wirtschaftliche Bildung” in der Unterstufe deutlich mehr wirtschaftliche Themen als bisher behandelt.

- Wir fordern, dass in der Sekundarstufe II unabhängig von “Geographie und wirtschaftliche Bildung” das Fach “Wirtschafts- und Finanzbildung” eingeführt wird, sofern spezifische Fächer dieser Art noch nicht vorhanden sind. Dabei soll auch der Rahmen geschaffen werden, tagesaktuelle wirtschaftliche Themen zu behandeln. Außerdem soll mithilfe von Tools ein effizienter und verantwortungsvoller Umgang mit Geld gelehrt werden.

- Um Gelerntes anzuwenden, fordern wir die Möglichkeit an einem längerfristigen klassen- oder schulinternes Börsenspiel teilzunehmen, um das Gelernte risikofrei in die Praxis umzusetzen.

Religiöse Mündigkeit

Wir sind der festen Überzeugung, dass Religionen eine reine Privatsache sind. Umso mehr ist es für uns unerträglich zu sehen, wie die Schule als Projektionsfläche für Religionen aller Art genutzt wird. Für uns kann eine Schule nur dann eine echte Bürger:innenschule sein, wenn alle Religionen gleichberechtigt sind. Das Öffentlichkeitsrecht, die Anerkennung der Schule durch die Republik also, geht auch mit personeller und finanzieller Unterstützung einher. Wir sind ganz klar der Meinung, dass dieses Recht nur an jene vergeben werden soll, die ein religiös neutrales Schulumfeld sicherstellen können. Dabei ist dennoch zu beachten, dass für konfessionelle Privatschulen Sonderregelungen gelten sollten, da Schüler:innen sich dort bewusst dazu entscheiden in eine konfessionelle Schule zu gehen. Auch wenn wir gegen Privilegien einzelner Religionen sind, ist die Auseinandersetzung mit Religionen ein Schlüssel zu einem besseren Verständnis unserer Kultur und Geschichte und sollte daher weiterhin ihren Platz in der Schule haben.

- Wir fordern eine Koppelung des Öffentlichkeitsrechts an eine Abschaffung religiöser Symbole am Schulgelände. Davon sind konfessionelle Privatschulen ausgenommen.

- Wir fordern einen verpflichtenden Ethikunterricht an allen Schulen mit Öffentlichkeitsrecht für alle Schüler:innen bis zum Erreichen der religiösen Mündigkeit (also mit 14 Jahren). In ihm sollen die Konzepte, die Auswirkungen und die Geschichte von allen Weltreligionen mit einem vergleichenden und nicht wertenden Ansatz behandelt werden. Zusätzlich soll für alle Schüler:innen weiterhin als aktive Wahl die Möglichkeit bestehen, auf freiwilliger Basis einen Religionsunterricht ihrer Wahl zu

besuchen.

- An konfessionellen Privatschulen kann schulautonom entschieden werden zusätzlich verpflichtenden Religionsunterricht anzubieten. Für uns ist klar, dass Schüler:innen die Freiheit haben sollten ihre Religion ausleben zu dürfen.

Sexuelle Mündigkeit

Sexualität ist Teil unseres Lebens. Und auf genau dieses Leben sollte die Schule vorbereiten. Umso wichtiger ist hier eine gute Sexualkunde, um das Tabu in der Gesellschaft zu brechen. Dabei soll die Schule auf ein freies und selbstbestimmtes Leben vorbereiten, welches nicht von außen negativ beeinflusst wird.

- Wir fordern, dass das Curriculum für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten als auch Stereotype und Sexualitäten gesprochen werden. Die Aufklärung über sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornographie sollte dabei ebenfalls Thema sein.

- Wir fordern ein sexualpädagogisches Konzept zur Umsetzung des vorgegebenen Curriculums, das von jeder Schule individuell bearbeitet werden kann. Dabei soll auf den Ausgleich von internen als auch externen Expert:innen geachtet werden.

- Wir fordern, dass das Bildungsministerium mit einer Expert:innenkommission drei Curricula, also Primarstufe, Sekundarstufe I und II, ausarbeitet. Dabei ist es wichtig, dass der Lehrplan einsehbar ist, aber Erziehungsberechtigte nicht spezifisch über den inhaltlichen Ablauf des Unterrichts informiert werden.

- Wir fordern, dass bei Fehlverhalten von internen sowie externen Personen disziplinäre Maßnahmen angewandt werden.

- Wir fordern, dass an jeder Schule die Rolle der Vertrauenspersonen, die unterschiedliche Geschlechter haben, umgesetzt wird.

Digitale Mündigkeit

Wir können nicht unsere Augen verschließen vor neuen Technologien. Wir können nicht einfach weiter machen, wie bisher und dasselbe wie vor 50 Jahren in den Schulen lehren. Die KI-Branche entwickelt sich schon länger immer weiter, doch gerade jetzt erlebt ihre Präsenz einen Aufschwung durch künstliche Intelligenzen wie ChatGPT. Auch vor der Schule machen solche technologischen Entwicklungen keinen Halt. Wir können nicht so tun, als ob sich nichts verändert. Doch das Bildungsministerium und die Bildungsdirektionen machen nichts und verschließen ihre Augen vor der Veränderung. Schule muss Schüler:innen auch im Zukunftssektor der Digitalisierung bilden. Um die digitale Wende in der Schule zu schaffen, muss man an verschiedenen Schrauben drehen.

- Wir fordern, dass die Bildungsdirektionen und das Bildungsministerium Fort- und Weiterbildungen im Bereich KI und Digitalisierung für Lehrkräfte anbietet. Diese Fort- und Weiterbildungen sollen mit Anreizsystemen niederschwellig in den Alltag der Lehrkräfte integriert werden.

- Wir fordern, dass in der Schule verstärkt Medienkompetenzen unterrichtet werden. Dazu gehört auch zu unterrichten, wie man künstliche Intelligenzen richtig benutzt und davon nicht getäuscht wird. Dabei soll digitale Mündigkeit in den Vordergrund gestellt werden, also die Fähigkeit, digitale Informationen zu suchen, auszuwerten, kritisch zu denken und deren Quellen zu analysieren. Dafür braucht es auch ein Grundverständnis dafür, wie Informationen mit künstlicher Intelligenz generiert werden.

Mündige Drogenaufklärung

Um Schüler:innen auch in Sachen legaler und illegaler Drogen zu wirklich mündigen und selbstbestimmten Bürger:innen zu machen, braucht es echte Aufklärung. Wir wollen Schüler:innen das Wissen mitgeben, um verantwortungsbewusste Entscheidungen für sich selbst zu treffen. Um das zu erreichen, fordern wir mehrere Ansätze.

- Wir fordern pro Schule eine Ansprechperson, die eine spezifische

Ausbildung im Bereich Drogenaufklärung hat.

- Wir fordern schulinterne Drogenaufklärungskonzepte. Dabei sollen sich Schulen vom Bildungsministerium inspirieren lassen. Das Konzept soll an die Schulstufe angepasst sein und ab der siebten Schulstufe starten. Auf Basis dieser Konzepte sollen Schulen Förderungen für Workshops mit externen Expert:innen bekommen.

Zentrale Mittlere Reife als Startschuss in ein mündiges Leben

Statt Schüler:innen in der Schule nur absitzen zu lassen, wollen wir sicherstellen, dass alle am Ende der Schulpflicht die nötigen Fähigkeiten haben, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dieser Prozess soll keine Qual sein, sondern eine stetige Lernkurve beinhalten. Am Ende der Schulpflichten sollen Fähigkeiten zählen und nicht abgesessene Jahre. Das oberste Ziel ist stets, mehr Freiheit im Leben zu ermöglichen und nicht, diese einzuschränken.

- Wir fordern die Einführung der Zentralen Mittleren Reife am Ende der Sekundarstufe I. Diese soll Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen abprüfen.

- Wir fordern, dass die Sekundarstufe I um ein weiteres Schuljahr verlängert wird, zu Lasten der Sekundarstufe II, um sie an die Schulpflicht anzupassen.

- Wir fordern, dass die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr an das Erwerben der Zentralen Mittleren Reife gekoppelt wird. Dabei soll es pro Schuljahr zwei Antrittsversuche geben.

Demokratie und Transparenz

Schüler:innen sind mündige Bürger:innen, die ein Recht auf Wissen und Mitbestimmung haben. Demokratie und Transparenz dienen daher als die Basis für eine Schule, die auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Eine Schule von morgen

bietet Mitbestimmung und Transparenz auf allen Ebenen.

Schulinterne Schüler:innenbeteiligung

Mitbestimmung muss in der Schule selbst beginnen. Um Demokratie und Mitgestaltung bereits früh und im kleinen Rahmen leben zu können, braucht es die entsprechende Unterstützung.

- Wir fordern daher eine flächendeckende Umsetzung von schulinternen Schüler:innenparlamenten. Dafür müssen lokale Schüler:innenvertretungen die nötige Unterstützung seitens der Landesschüler:innenvertretungen und der Direktion erhalten.

Allgemeines Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretungswahlen

Wir erkennen an, dass Schüler:innenpolitik in erster Linie in den Ländern passiert. Das ermöglicht es den angehenden Schüler:innenvertreter:innen einen lokalen und damit neben den schulischen Leistungsanforderungen schulterbaren Wahlkampf zu führen. Doch es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist! Eine Beschränkung des aktiven Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und Stillstand.

- Wir fordern eine Ausweitung des LSV-Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Damit der Fokus mehr auf Inhalten und nicht auf Freundschaften liegt, braucht es eine echte Listenwahl. Damit schaffen wir nichts neues, sondern schreiben gelebte Praxis fest.

- Wir fordern die Schaffung einer echten Listenwahl. Einerseits sollen Organisationen Listen unter ihrem Namen aufstellen können, aber andererseits solle es auch möglich sein mit eigenen, unabhängigen Listen kandidieren zu können, sofern die Liste bis zu einem vom Datum der Wahl abhängigen Stichtag bekanntgeben wird.

Aufwertung des Ö-SiP

Die Bundesschüler:innenvertretung ist das mächtigste Vertretungsgremium, aber zugleich am weitesten vom einzelnen Schüler:in entfernt. Es ist also gerade bei ihr extrem wichtig, dass wir eine echte demokratische Legitimation sicherstellen. Schüler:innen können neben der Schule aber nicht bundesweit Wahlkampf machen.

- Wir fordern eine Wahl der Bundesschüler:innenvertretung durch die im Ö-SiP versammelten Mitglieder der LSVen. Ihr Mandat endet automatisch mit der Konstituierung eines neuen Ö-SiPs. Ebenso kann das Ö-SiP jederzeit Mitglieder der BSV ersetzen.

- Um die Basis für die Arbeit der bundesweiten Schüler:innenvertretung zu schaffen, fordern wir, dass das Ö-SiP mindestens zwei Mal pro Schuljahr tagt. Die konstituierende Sitzung findet in der ersten Schulwoche des Jahres statt.

Anfragerecht für jedes SiP

Macht ohne Kontrolle führt zu Machtmissbrauch. In dieser Kontrolle spielen die Schüler:innenparlamente eine Schlüsselrolle.

- Wir fordern ein umfassendes Anfragerecht an die LSV für jedes SiP. Das Ö-SiP soll ebenfalls über ein solches bei der BSV verfügen.

Demokratisierung der Direktion

Oft haben Direktor:innen fast schon eine unabsetzbare Position, während die gesamte Schulgemeinschaft darunter leidet. Dieses Machtmonopol entspricht nicht unserer Vision einer demokratischen Schule. Im 21. Jahrhundert müssen die Parteibücher raus aus der Direktion. Direktionen dürfen nicht mehr nach Parteifarbe und Parteifreundschaften vergeben werden. Im Vordergrund müssen Kompetenz und Engagement gestellt werden, um einer jeden Schule die bestmöglichen Bedingungen für Entwicklung geben zu können.

- Wir fordern eine anonymisierte und objektivierte Rekrutierung

professioneller Direktionen.

- Wir fordern, dass die Direktion alle fünf Jahre vom SGA mit einer $\frac{2}{3}$ Mehrheit bestätigt werden muss. Für eine einmalige Verlängerung des Mandats soll eine einfache Mehrheit reichen.

Schulvergleiche ermöglichen

Theoretisch gibt es eine ganz einfache Art Schulen zu vergleichen: Anhand der Ergebnisse, die sie liefern. Doch es kann nicht sein, dass nur Gerüchte über den Ruf einer Schule entscheiden. Hier müssen endlich belastbare Zahlen her, um den Schüler:innen und Eltern bei der Schulwahl zu helfen. Zusätzlich ermöglicht ein transparenter Index den zuständigen Stellen, gezielt Schulen sowohl personell als auch finanziell zu unterstützen.

- Wir fordern also eine jährliche Publizierung der erzielten Ergebnisse bei Reifeprüfungen jeder Schule Österreichs.

Anonymisiertes Lehrer:innenfeedback

„Um Kritik zu vermeiden sage nichts, tue nicht, sei niemand“, sagte bereits Aristoteles. Ein:e Lehrer:in ist aber nicht niemand. Eine Lehrperson nimmt eine der wichtigsten Rollen in unserer Gesellschaft ein und sollte sich durchgehend weiterentwickeln. Tut sie dies bewusst nicht, muss das Konsequenzen haben.

- Wir fordern also, dass jede:r Schüler:in am Ende eines Semesters die Möglichkeit hat, die Lehrpersonen anhand eines anonymen Feedbacks zu bewerten. Fällt dieses in gewissen Themengebieten besonders schlecht aus, soll die:der Direktor:in das Recht haben, die Lehrperson auf Weiter- bzw. Fortbildungen zu schicken. Außerdem sollte es den Schüler:innen möglich sein, das Feedback einzusehen und mit der Lehrperson und auch eventuell mit dem:der Direktor:in darüber zu sprechen.

Gläsernes Budget

Die Direktion entscheidet an allen Schulen über das Budget und ist nicht

verpflichtet, anderen Personen Einsicht zu gewähren. Alle Schüler:innen und Lehrer:innen sollten das Recht haben, zu sehen, wohin das Geld der Schule fließt. Diese Budgetoffenheit sollte aber nicht nur in Schulen, sondern auch in der überschulischen Vertretung bestehen, deshalb fordern wir zusätzlich eine Budgetoffenlegung der BSV.

- Wir fordern, dass es allen Schüler:innen, das ganze Jahr über möglich ist, das Schulbudget einzusehen und nachzuverfolgen, wohin und wieviel investiert wurde. Das Budget soll online ersichtlich sein und bei expliziter Nachfrage mit Belegen nachweisbar sein.

- Wir fordern, dass die Bundesschüler:innenvertretung ihre Einnahmen und Ausgaben auf ihrer Website offenlegt.

Landesprogramm Kärnten

Vorwort

Wir haben genug vom Stillstand. Genug davon, dass Kärntens Schulen verwaltet, statt gestaltet werden. Und genug davon, dass Schüler:innen nur zuhören sollen, statt mitzureden. Dieses Landesprogramm ist unser Plan für eine Schüler:innenvertretung, die allen Schüler:innen eine echte Stimme gibt.

Rechenschaftsbericht

Wer für über 65.000 Schüler:innen spricht, sollte am Ende des Schuljahres auch zeigen, was er oder sie wirklich geleistet hat. Wir fordern, dass jedes LSV-Mitglied einen öffentlichen Rechenschaftsbericht auf der Website der LSV Kärnten veröffentlicht – klar, transparent und ehrlich. Keine Floskeln, keine leeren Phrasen, sondern konkrete Projekte, erreichte Ziele und klare Ansagen.

· Wir fordern, dass jedes LSV-Mitglied am Ende des Schuljahres einen öffentlichen Rechenschaftsbericht auf der LSV-Website abgibt.

Projektampel

Die Einführung einer „Projektampel“ auf der LSV-Website, die für jedes laufende Projekt den aktuellen Status anzeigt, ist für die transparente Arbeit einer LSV essenziell. Rot bedeutet, dass noch nichts passiert ist, gelb zeigt an, dass ein

Projekt bereits begonnen wurde, und grün signalisiert, dass es erfolgreich umgesetzt wurde. So schaffen wir volle Transparenz über den Fortschritt der Projekte und ermöglichen es allen, zu sehen, wo nichts passiert.

· Wir fordern die Einführung einer ‚Projektampel' auf der LSV-Website, die den Status jedes Projekts anzeigt – rot für nicht gestartet, gelb für in Arbeit und grün für erfolgreich umgesetzt.

LSV-Bildung im Fach Politische Bildung

Die LSV muss im Fach „Politische Bildung" stärker thematisiert werden. Viele Schüler:innen wissen nicht, was die LSV eigentlich macht oder das es diese überhaupt gibt. Es muss ein fester Bestandteil des Unterrichts sein, den Jugendlichen beizubringen, wie sie sich politisch einbringen können, welche Möglichkeiten die LSV bietet und wie sie als Schüler:innenvertretung wirklich etwas bewegen können.

· Wir fordern, dass im Fach Politische Bildung die LSV und ihre Rolle thematisiert wird, damit Schüler:innen verstehen, was die LSV ist und wie sie sich politisch einbringen können.

· Wir fordern, dass Schüler:innen Factsheets über die LSV erhalten, die Kontaktdaten und die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen Organisationen übersichtlich darstellen.

Stimmrecht der LSV in der Bildungsdirektion

Die LSV muss ein Stimmrecht in der Bildungsdirektion erhalten, um aktiv an bildungspolitischen Entscheidungen teilzunehmen. Die Schüler:innenvertretung sollte nicht nur beratend tätig sein, sondern bei relevanten Entscheidungen zur Gestaltung der Bildungslandschaft mitentscheiden können.

· Wir fordern, dass die LSV ein Stimmrecht in der Bildungsdirektion erhält, um aktiv an bildungspolitischen Entscheidungen in Kärnten teilzunehmen.

Rederecht für alle

Jede:r Schüler:in sollte das Recht haben, sich auf Landesschulebene aktiv einzubringen und gehört zu werden. Es ist entscheidend, dass alle Schüler:innen die Möglichkeit haben, bei wichtigen Entscheidungen mitzureden, Anträge einzubringen und ihre Anliegen auf einer höheren Ebene zu vertreten.

· Wir fordern, dass jede:r Schüler:in das Recht hat, bei einem SIP eigene Anträge einzubringen und Reden zu halten – so wie in fast jedem anderen Bundesland auch.

Direktwahl und Transparenz

Wie soll die LSV alle Schüler:innen vertreten, wenn nicht alle die Möglichkeit haben, sie zu wählen? Die LSV sollte von der gesamten Schüler:innenschaft gewählt werden, nicht nur von einer kleinen Gruppe der Schulsprecher:innen. Wenn die LSV wirklich alle Schüler:innen authentisch und gerecht vertreten will, muss jeder die Chance haben, mitzubestimmen, wer diese Verantwortung übernimmt. Eine direkte Wahl durch alle Schüler:innen sorgt für mehr Transparenz. Dazu gehört für uns auch, offen zu legen, welcher Schülerorganisation man angehört und welcher politischen Partei diese Organisation zugeordnet ist. (ÖVP|SPÖ|FPÖ|Grüne|NEOS)

· Wir fordern, dass die LSV direkt von allen Schüler:innen gewählt wird, um eine echte und umfassende Vertretung aller Interessen zu gewährleisten.

· Wir fordern Transparenz darüber, welcher Schülerorganisation man angehört und welcher politischen Partei diese Organisation zugeordnet ist.

Konsequente Handlung nach der LSV-Geschäftsordnung

Wir fordern, dass die LSV ihre eigene Geschäftsordnung bei den SIP besser kennt und konsequent danach handelt. Es kann nicht sein, dass Regeln falsch interpretiert oder willkürlich angewendet werden, wie zum Beispiel das Verbot, Werbematerialien einer Partei oder Schüler:innenorganisation zu tragen, obwohl dies laut der Geschäftsordnung nur das Verteilen jener dieser betrifft. Auch Missverständnisse, wie die Behandlung von Stickern auf Laptops, zeigen, dass eine klare Kenntnis und richtige Umsetzung der eigenen Regeln fehlt. Eine LSV, die ihre eigenen Bestimmungen nicht versteht oder fehlerhaft anwendet, verliert an Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

· Die LSV muss ihre Geschäftsordnung konsequent einhalten und korrekt anwenden, um Fehlinterpretationen und willkürliche Entscheidungen zu vermeiden.

· Die LSV soll sicherstellen, dass alle Mitglieder die Regeln klar kennen und keine willkürlichen Verboten oder Missverständnisse entstehen.

Landesprogramm Tirol

Präambel

In den letzten Jahren, voller Fragezeichen und Ungewissheiten, ist eines immer eindeutiger geworden: Das Bildungssystem braucht Veränderung! Aber damit das Realität werden kann, muss sich eines ändern – die Mitsprache der Schülerinnen und Schüler. Für uns JUNOS Schüler:innen ist klar, dass dafür ein WIR entstehen muss. Ein WIR, mit welchem jede:r ein Mitspracherecht hat, ohne ausgeschlossen zu werden. Ein WIR, in dem das Schüler:innenparlament (SIP) endlich wirkliche Veränderungsvorschläge bringen kann und nicht nur als Anhängsel gesehen wird. Ein WIR, in welchem ein jede:r Schüler:in sein/ihre Vertretung selbst wählen kann. Für uns ist klar: Wir stehen für die Bildung von morgen, um zusammen mit EUCH in ein neues Zeitalter der Bildung einzutreten.

Demokratie & Transparenz – Weil Mitbestimmung kein Privileg sein darf

Mitbestimmung ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Doch wenn es darum geht die gesetzliche Vertretung von Schüler:innen zu wählen, gibt es bis zum heutigen Tag eine gravierende demokratische Lücke. Denn von über 23.000 Tiroler Oberstufenschüler:innen – und viele mehr – haben nur eine Handvoll Schulsprecher:innen das Recht auf Mitbestimmung, wenn es darum geht, die Landesschülervertretung (LSV) zu wählen, die eigentlich uns alle repräsentieren sollte. Als Vergleich, das wäre, als würden nur die Bürgermeister:innen den Nationalrat wählen dürfen.

- Daher fordern wir, die Ausweitung des LSV-Wahlrechtes auf Oberstufenschüler:innen und nach Proportion verteilter LSV-Mandate, um eine demokratische Repräsentation zu gewährleisten.

In den letzten Jahren bekommt ein jeder erschreckend wenig von der Arbeit der LSV und den im Schüler:innenparlament beschlossenen Anträgen mit. Resultierend daraus entsteht ein System hinter verschlossenen Türen, in welchem nicht nachzuvollziehen ist, woran aktiv gearbeitet wird, und woran nicht. Die aktuelle Situation zeigt, dass keine Ziele sichtbar verfolgt werden, dass Mandatare nicht in Verantwortung gezogen, noch ernst genommen werden – weder von Schüler:innen, noch von der Politik.

- Darum fordern wir die Einführung einer öffentlich einsehbaren Projektampel die alle geplanten, laufenden, aber auch abgeschlossenen und abgebrochenen Projekte (Anträge) samt Informationen zu Inhalten, Ziele und Umsetzungsstände darstellt.

- Zusätzlich fordern wir eine laufende Finanzoffenlegung, in der das Budget sowie die Ausgaben der LSV jederzeit öffentlich zugänglich sind, um dessen Verwendung von öffentlichen Mitteln nachvollziehbarer zu gestalten.

Mündigkeit – Aufklären anstatt Anpassen

Jede:r trifft alltäglich wirtschaftliche Entscheidungen – ob während dem Online-Shopping, beim Abschließen von Verträgen oder im Umgang mit Finanzen. Doch oft fehlt es hierzu an nötigem Hintergrundwissen, um verantwortungsvoll aufzutreten. Die Realität zeigt, allerdings das junge Menschen dazu neigen sich bereits früh stark zu Verschulden. Heutzutage fehlt es im Schulalltag schlichtweg an Bewusstsein für Finanzen. Ziel einer besseren Finanzbildung sollte sein fundierte Entscheidungen zu treffen und Schüler:innen dazu zu bringe, die Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen.

- Daher fordern wir, dass Finanzbildung als Fach – im AHS-Bereich – an Tiroler Schulen eingeführt wird.

- Daher fordern wir, dass jährliche Workshops zur finanziellen Bildung von Schüler:innen an Tiroler Schulen etabliert werden.

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft – mit verschiedensten Weltanschauungen und religiösen Zugehörigkeiten. Mündigkeit in der Schule heißt, Religion nicht nur zu lernen, sondern in ihrer Vielfalt zu reflektieren und achtsam damit umzugehen. Schule hat hierbei die Aufgabe aufzuklären und nicht nur zu trennen, oder einzuordnen. Aber genau das findet an Tiroler Schulen statt – von Beginn der Schule wird nach Religion getrennt - bevor sich Schüler:innen überhaupt dem bewusst werden. Ziel sollte es sein, einen Raum für gemeinsame Werte, verschiedene Perspektiven und kritischem Denken zu schaffen.

- Daher fordern wir, dass es bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit (´mit 14 Jahren) einen Ethikunterricht für alle gibt und es erst im Anschluss die Entscheidung für den jeweiligen Religionsunterricht getroffen wird.

Leistungsdruck, Schlafmangel, ständiges Vergleichen: Die Realität vieler Schüler:innen sieht oft anders aus als es dem Standard entspricht. Psychisches Wohlergehen von Schüler:innen ist die Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen – und dennoch geht sie im Schulalltag schnell unter. Um Schüler:innen zu

unterstützen, braucht es Systeme, die niederschwellig, vertrauensvoll und für alle zugänglich sind. Doch die Realität zeigt, dass an vielen Schulen psychologisch ausgebildetes Fachpersonal, nur selten bis überhaupt nicht anwesend ist und das mentale Gesundheit weiterhin als Tabuthema gilt.

Darum fordern wir,

- … den Ausbau von flächendeckenden schulpsychologischen Angeboten und Workshops an jeder Tiroler Schule.

- … die regelmäßige und umfassende Schulung von Lehrpersonen und Vertrauenslehrern durch Fortbildungen.

- … als Prävention einen jährlichen Besuch bei der Schulpsychologin, parallel zum Schulärzt:innen-Check.

- … das Informieren eines jeden:r Schüler:in über ihre Vertrauenslehrpersonen und weitere psychologische Stützungsangebote.

Zukunftsorientierte Schule – Weil Veränderung in der Gegenwart beginnt

Bildung ist der Schlüssel zu individueller Freiheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Doch noch immer ist der Bildungserfolg für jede:n Schüler:in unterschiedlich. Gerade im schulischen Bereich zeigt sich: Chancengerechtigkeit ist ein Versprechen, das zu oft unerfüllt bleibt. Der Unterricht wird, unabhängig von den individuellen Lerngeschwindigkeiten der Schüler:innen in einer, dem/der Lehrer:in entsprechenden Tempo, abgehalten. Alle die nicht mithalten können, kommen früher oder später nicht mehr mit oder verlieren komplett den Anschluss.

- Daher fordern wir, dass Schüler:innen, die aufgrund von nicht-schulischen Faktoren (Behinderungen, Einschränkungen, Migrationshintergründe, soziale Stellung) Lernschwierigkeiten haben, mehr gefördert werden.

Eigenständiges Lernen entfaltet sich dort am besten, wo Schüler:innen mitentscheiden dürfen. Moderne Schule bedeutet auch in Kooperation mit anderen

Schulen: Durch das Bündeln von Ressourcen und größeren Interessenspools den Schulalltag umzugestalten. Wobei dadurch ein breiteres Angebot an Wahlfächern, aber auch Wahlfreiheit bei Fächern, Schwerpunkten und Lernwegen, ermöglicht werden kann. Um Schüler:innen nach ihrer Schulkarriere ein tatsächlich breites Fundament zu ermöglichen – damit individuelle Stärken nicht auf der Strecke liegen bleiben.

- Daher fordern wir, die Zusammenarbeit von Schulen, um ein breiteres Angebot an Wahlfächern zu ermöglichen.

- Daher fordern wir, dass Schüler:innen ab der 8ten Schulstufe die Anzahl der Wahlfächer selbst bestimmen können.

Lernumgebung & Umwelt – Weil gute Ideen Raum brauchen

Eine zeitgemäße Lernumgebung bildet das Fundament für hochwertige Bildung und den Lernerfolg von Schüler:innen. Sie zu erhalten, sollte eine der obersten Prioritäten einer jeden Schule sein. In vielen Tiroler Schulen sieht die Wirklichkeit allerdings anders aus: Tische, Stühle und der Klassenraum sind weder ergonomisch noch frei von Beschmierungen, die WCs sind unhygienisch und der Müll häuft sich. Aber auch in fachspezifischen Räumen oder bei der technischen Ausrüstung wird immer weiter gespart.

- Daher fordern wir, dass die Schulausrüstung endlich dem 21. Jahrhundert entspricht und bei der Hygiene ein ordnungsgemäßer Standard gelten sollte.

Zu einer ausgeglichenen Schule gehört vor allem eine neutrale Klasse, in der alle Religionen gleich wertgeschätzt werden können. Allerdings hängen nach wie vor in jedem Klassenraum das christliche Kreuz – ein Symbol, das nicht alle Schüler:innen repräsentiert. Das Ziel sollte sein, eine faire und offene Lernumgebung, ohne religiöse Bevormundung zu schaffen. Während es Arbeitgeber:innen rechtlich untersagt ist, das Religionsbekenntnis abzufragen, wird bis heute darauf im Schulzeugnis bestanden – was dem Prinzip der persönlichen Freiheit widerspricht.

- Daher fordern wir, dass per Mehrheitsbeschluss innerhalb einer Klasse die Kreuze im Klassenzimmer entfernt werden können.

- Außerdem fordern wir, die ersatzlose Streichung des Religionsbekenntnisses aus Schulzeugnissen.

Die Schule muss ein Ort sein, an dem wir nicht nur für die Zukunft lernen, sondern sie auch aktiv mitgestalten. Für Themen wie Umweltbewusstsein, Nachhaltigkeit und Achtsamkeit im Alltag findet sich derzeit in den Lehrplänen von Tiroler Schulen wenig Platz. Der Umweltschutz wird nach außen zwar als Symbolpolitik gepriesen, findet aber im Alltag kaum wirkliche Umsetzung. Dabei fehlt es in diesen Punkten nicht an der Initiative von Schüler:innen, sondern es findet sich schlicht und ergreifend kein Platz in Fächern des Lehrplanes.

- Daher fordern wir, dass Achtsamkeit für die Umwelt den Schüler:innen in separaten Workshops vermittelt wird, damit es im Schulalltag gelebt werden kann.

Landesprogramm Salzburg

Präambel

Schule muss mehr sein als ein System zum Aushalten. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, dass Mitsprache ernst nimmt, Entscheidungen transparent macht und allen Schüler:innen gerechte Chancen bietet – egal ob in der AHS, BMHS oder Berufsschule. Demokratie darf nicht an der Klassenzimmertür enden, und Schüler:innenvertretung darf kein Insiderclub sein! Unser Ziel ist eine Schule, in der Mitbestimmung gelebt wird, psychische Gesundheit kein Tabuthema ist und jede Stimme zählt – klar, nachvollziehbar und auf Augenhöhe.

Frei denken. Frei lernen. Frei leben.

Die Direktion ist eine zentrale Führungsposition an jeder Schule – und soll demokratisch legitimiert sein. Um Mitsprache zu stärken und Vertrauen in Entscheidungen zu fördern, fordern wir, dass Direktor:innen alle fünf Jahre verpflichtend durch eine Zweidrittelmehrheit im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) bestätigt werden müssen. Bei erstmaliger Bestätigung reicht auch eine einfache Mehrheit. So wird Verantwortung geteilt und die Schulautonomie aktiv mitgestaltet.

- Wir fordern eine Demokratisierung des Direktorats durch eine verpflichtende Bestätigung alle 5 Jahre mittels Zweidrittelmehrheit im SGA

Schüler:innen der Oberstufe sollen selbst entscheiden dürfen, mit welchem Material sie im Unterricht mitschreiben. Ob analog oder digital – Eigenverantwortung und Selbstorganisation sind wichtige Schritte, die Schule vermitteln sollte. Ein starres Festhalten an bestimmten Materialien ist nicht zeitgemäß und schränkt die Freiheit der Schüler:innen unnötig ein.

- Wir fordern eine Wahlfreiheit bei der digitalen oder analogen Mitschrift im Unterricht für Oberstufenschüler:innen

Im aktuellen Regierungsübereinkommen der Österreichischen Bundesregierung wird vorgesehen, dass es Modelregionen für eine gemeinsame Schule für 10–bis 14-Jährige geben soll. Wir fordern, dass solche Modelregionen auch vermehrt in Salzburg eingerichtet werden. Diese Modellregionen ermöglichen pädagogische Vielfalt und setzen neue Impulse im Schulwesen – auch in ländlichen Gebieten.

- Wir fordern die vermehrte Einrichtung von Modellregionen für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährige auch in Salzburg.

Um eine größere Vielfalt an Frei- und Wahlpflichtfächern zu ermöglichen, sollen Schulen regional stärker zusammenarbeiten. Oft finden sich für ein Frei- oder Wahlfach zu wenig Schüler:innen, die es belegen möchten. Durch Kooperationen zwischen nahegelegenen Schulen kann das Angebot an Frei- und Wahlfächern breiter und attraktiver gestaltet werden. Diese Zusammenarbeit soll gezielt gefördert werden – für mehr Wahlmöglichkeiten für alle Schüler:innen.

- Wir fordern eine breitere Förderung von Kooperationen zwischen Schulen zur Ausweitung des Angebots an Frei- und Wahlpflichtfächern.

Mentale Gesundheit ist kein Tabuthema – sondern eine Grundvoraussetzung für ein gutes Leben

Schule darf kein Ort sein, der Druck aufbaut, sondern muss ein Ort sein, der unterstützt. Gerade in Zeiten, in denen psychische Belastungen unter Jugendlichen stark zunehmen, braucht es mutige Schritte. Es reicht nicht, nur über mentale Gesundheit zu reden – wir müssen handeln. Von besserer Aufklärung über mehr Fachpersonal bis hin zu konkreten Unterstützungsangeboten: Wir setzen uns für eine Schule ein, in der jede:r gesehen, gehört und ernst genommen wird. Der Zugang zu professioneller psychischer Unterstützung ist essenziell. Doch gerade, wenn es um das Thema der Schulpsycholog:innen geht gibt es oft ratlose

Gesichter. Die meisten Schüler:innen haben die/den eigene Schulpsycholog:in noch kein einziges Mal gesehen oder je von ihr gehört. Das muss sich dringend ändern! Wir fordern daher, dass sich der/die Schulpsycholog:in verpflichtend an allen Schulen am Anfang des Schuljahres vorstellen muss.

- Wir fordern die verpflichtende Einführung schulpsychologischer Präsenz an Schulen sowie den Ausbau des entsprechenden Angebots.

Psychische Gesundheit darf kein Randthema mehr sein – weder im Alltag noch im Unterricht. Sie ist genauso wichtig wie körperliche Gesundheit und muss auch im Schulcurriculum verankert sein. Gerade der Biologieunterricht bietet die Chance, Themen wie Depression, Angststörungen oder Essstörungen wissenschaftlich fundiert, enttabuisiert und altersgerecht zu behandeln. Wenn Schüler:innen früh lernen, psychische Erkrankungen zu verstehen und offen darüber zu sprechen, fördert das nicht nur Selbstbewusstsein, sondern auch Empathie. Doch Aufklärung allein reicht nicht. Mental Health Days schaffen Raum für Austausch, Reflexion und Entlastung – sie setzen ein klares Zeichen, dass psychisches Wohlbefinden ernst genommen wird. Diese Tage müssen wieder aktiver im Schulalltag verankert werden, um das Thema sichtbar und greifbar zu machen. Zusätzlich braucht es verpflichtende Workshops zur psychischen Gesundheit an allen Schulen. Professionell begleitet und alltagsnah gestaltet, helfen sie Schüler:innen frühzeitig, auf sich selbst und andere zu achten – und zeigen, dass es völlig in Ordnung ist, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

- Wir fordern die Einbindung des Themas psychische Gesundheit im Biologieunterricht.

- Wir fordern Mental Health Days um über das Thema zu informieren und Bewusstsein zu schaffen.

- Wir fordern verpflichtende Workshops zum Thema psychische Gesundheit für Schulklassen

Regelmäßige Vorsorge rettet Leben – das gilt auch für die Psyche. Deshalb fordern wir eine jährliche psychologische Untersuchung an Schulen, angelehnt an die bestehende schulärztliche Untersuchung. So können Probleme früh erkannt und gezielt Hilfe angeboten werden – bevor sie sich verschärfen.

- Wir fordern die Einführung einer jährlichen psychologischen Untersuchung an Schulen am Vorbild der jährlichen Schulärztlichen Untersuchung.

Lehrkräfte und Vertrauenslehrer:innen spielen eine entscheidende Rolle im Umgang mit der mentalen Gesundheit von Schüler:innen. Um diese Verantwortung gut wahrzunehmen, benötigen sowohl Klassenvorständ:innen als auch Schulärzt:innen regelmäßige und verpflichtende Fortbildungen zu psychischem Wohlbefinden. Nur so können sie frühzeitig erkennen, wenn Unterstützung nötig ist.Vertrauenslehrer:innen, die oft die ersten Ansprechpersonen sind, brauchen eine klare Ausbildung und mehr Sichtbarkeit, um ihre wichtige Rolle im Schulalltag effektiv ausfüllen zu können. Daher ist es notwendig, das Konzept der Vertrauenslehrer:innen zu reformieren und zu stärken.

- Wir fordern regelmäßige Fortbildungen zu Mental Health für Klassenvorständ:innen und Schulärzt:innen

- Wir fordern eine Stärkung des Konzepts für Vertrauenslehrer:inenn an Schulen und ein breiteres Angebot an Weiterbildungen für diese.

Viele Hilfsangebote existieren bereits – aber kaum jemand kennt sie. Es braucht gezielte Informationsarbeit, damit Schüler:innen wissen, wohin sie sich wenden können. Einrichtungen wie das Ambulatorium am Ball oder die Kinder- und Jugendanwaltschaft (KiJA) sollen aktiv vorgestellt werden, um echte Zugänglichkeit zu schaffen.

- Mehr aufklärung über externe Anlaufstellen für Schuler:innen wie zum Beispiel Ambulatorium „Am Ball“oder die KiJA in der Schule.

Verantwortung leben und Zukunft formen

Mündigkeit bedeutet, selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können – im Alltag, in der Schule und darüber hinaus. Um Schüler:innen dabei zu unterstützen, braucht es konkrete Bildungsangebote. Wir fordern deshalb Workshops zu Themen wie wirtschaftlicher Selbstständigkeit, Drogenprävention, Finanzbildung und Sexualbildung. Aufklärung und Eigenverantwortung gehören zusammen – und sollen auch im Schulalltag gelebt werden. Schüler:innen müssen endlich auf ein mündiges Erwachsen sein vorbereitet werden. Angebot von Workshops zum Thema Mündigkeit – z. B. Drogenaufklärung und wirtschaftliche

Bildung und Sexualbildung. Sexuelle Mündigkeit beginnt mit Wissen und dem Abbau von Tabus. Themen wie Menstruation dürfen im Unterricht nicht länger verschwiegen oder stigmatisiert werden. Schulen müssen Raum für offene, sachliche und inklusive Aufklärung bieten, um Scham und Verunsicherung zu vermeiden und das Selbstbewusstsein der Schüler:innen zu stärken. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Menstruationsartikel wie Binden oder Tampons kostenlos und frei zugänglich sind, da Menstruation für viele Schüler:innen zum Alltag gehört. Es darf keine Barriere und keine Scham geben, wenn es um grundlegende hygienische Bedürfnisse geht – diese müssen in der Schule genauso selbstverständlich wie andere Grundbedürfnisse behandelt werden.

- Wir fordern eine stärkere sexuelle Aufklärung und Enttabuisierung der Periode im Schulunterricht.

- Wir fordern kostenlose und frei zugängliche Menstruationsartikel an allen Schulen.

Viele Schüler:innen wissen nicht, was die LSV ist oder was sie für sie tun kann. Das muss sich ändern. Die LSV soll aktiv und verständlich über ihre Arbeit informieren, ansprechbar sein und in jeder Schule sichtbar werden – damit wirklich alle wissen, wer ihre Interessen vertritt und wie sie sich selbst einbringen können.

- Wir fordern verpflichtende LSV-Aufklärung an allen Schulen in verständlicher und niederschwelliger Form.

Gerade in Zeiten von Informationsflut, Unsicherheit und digitaler Schnelllebigkeit ist es essenziell, jungen Menschen Orientierung zu geben. Wir fordern daher Workshops, die sich mit den Mechanismen von Radikalisierung, dem Aufbau von Feindbildern und populistischen Strategien auseinandersetzen. Dabei soll auch die Rolle von Medien und sozialen Netzwerken kritisch beleuchtet werden. Ziel ist es, Schüler:innen zu befähigen, Informationen besser einzuordnen, manipulative Inhalte zu erkennen und Vorurteile zu hinterfragen – als Beitrag zu einer starken, reflektierten und demokratischen Gesellschaft.

- Durchführung von Workshops zur Extremismusprävention, Populismuskritik und Medienkompetenz an allen Schulen

Erste Hilfe kann Leben retten – und sollte deshalb kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein selbstverständlicher Teil schulischer Bildung sein. Wir fordern, dass alle Schüler:innen einen verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs in zusammenarbeit mit dem roten Kreuz absolvieren sollen, dieser soll auch für den Führerschein angerechnet wird.

- Wir fordern verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse an Schulen mit Anrechnung für den Führerschein

Moderne Bildung braucht moderne Ausstattung. Viele Schulen hinken bei der digitalen Infrastruktur hinterher – schlechte Internetverbindungen, veraltete Geräte und fehlender technischer Support sind noch immer Realität. Wir fordern eine digitale Grundausstattung, die allen Schüler:innen zeitgemäßes Lernen ermöglicht – egal an welcher Schule.

- Wir fordern eine angemessene digitale Infrastruktur an allen Schulen

Technologie verändert unsere Welt – und auch den Unterricht. Damit Lehrkräfte auf Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz vorbereitet sind, braucht es gezielte Fortbildungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass digitale Tools sinnvoll eingesetzt und kritisch reflektiert werden können.

- Wir fordern verpflichtende Weiterbildungen für Lehrkräfte zum Thema Künstliche Intelligenz.

Politik- und Finanzbildung ist ein zentraler Teil gelebter Demokratie – und muss stärker im Unterricht verankert werden. Wir fordern verpflichtende und qualitätsvolle Workshops zu diesen Themen an Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS).

- Wir fordern den Ausbau von Politik- und Finanzbildungsangeboten an AHSen

Ebenso ist eine verstärkte sexuelle Aufklärung durch externe Expert:innen und Organisationen, die sensibel und professionell arbeiten essenziell. Das Angebot hierfür muss weiter ausgebaut werden

- Wir fordern eine verstärkte sexuelle Aufklärung durch externe Expert:innen

zum Thema sexuelle Aufklärung und einen Ausbau des bereits bestehenden Angebots.

Sicherheit und Selbstvertrauen gehen Hand in Hand. Deshalb sollen Schüler:innen die Möglichkeit haben, an Selbstverteidigungskursen teilzunehmen. Gerade in einer Zeit, in der viele Jugendliche Unsicherheiten erleben, kann das Wissen um den eigenen Schutz ein wichtiger Schritt in Richtung Selbstbestimmung sein.

- Wir fordern die Förderung von Selbstverteidigungskursen an Schulen.

Schule gestalten, Demokratie erleben

Demokratie darf nicht nur im Unterricht Thema sein – sie muss im Schulalltag gelebt werden. Dafür braucht es mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler:innen sowie gezielte politische Bildung. Die Salzburger LSV muss sich dafür einsetzen, dass demokratische Strukturen an Schulen ausgebaut und gestärkt werden – etwa durch ein schulinternes SiP mit klarer Unterstützung bei der Organisation durch die LSV.

- Die LSV soll aktiv Schulen und ihre Schüler:innenvertretungen dabei unterstützen schulinterne SiPs abzuhalten

Politische Bildung darf nicht bei Schlagworten enden – sie muss verständlich und praxisnah vermittelt werden. Dafür braucht es regelmäßige Workshops für Schüler:innen zu Themen wie Demokratie, politischer Teilhabe und der Europäischen Union. So wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch Interesse geweckt und Teilhabe gestärkt.

- Angebot von teils digitalen und teils präsents Fortbildungskursen zu den Themen Politik, Demokratie und Europäische Union für Schüler:innen

Diskussionen auf Augenhöhe machen Politik greifbar – gerade für junge Menschen. Deshalb muss sich die LSV verstärkt für Podiumsdiskussionen an Schulen einsetzen. Dort können Schüler:innen direkt mit Politiker:innen oder Expert:innen diskutieren, Fragen stellen und ihre Meinung einbringen.

- Die LSV soll sich für mehr Podiumsdiskussionen an Schulen einsetzen

Wenn die LSV wirklich im Sinne der Schüler:innen arbeiten will, muss sie wissen, was diese denken. Deshalb muss sie regelmäßig Online-Umfragen zu aktuellen bildungspolitischen Themen durchführen, um Meinungen einzuholen und diese in ihre Arbeit einfließen zu lassen.

- Durchführung regelmäßiger Online-Umfragen zu aktuellen bildungspolitischen Themen unter Schüler:innen

Demokratie endet nicht im Klassenzimmer – sie muss auch innerhalb des Lehrer:innenkollegiums Platz finden. Um die Qualität des Unterrichts zu fördern und ein respektvolles Miteinander zu stärken, sollen anonymisierte Feedbackmöglichkeiten für Lehrer:innen geschaffen werden. So können Schüler:innen konstruktiv Rückmeldung geben und Schulen gezielt an Verbesserungen arbeiten.

- Einführung eines anonymisierten Lehrer:innen-Feedbacksystems zur Qualitätssteigerung und Förderung eines respektvollen und produktiven Schulklimas

Transparenz: Weil niemand gern im Dunkeln tappt

Die Landesschüler:innenvertretung muss transparent und nachvollziehbar arbeiten. Entscheidungen dürfen nicht im Verborgenen getroffen werden – alle Schüler:innen haben ein Recht darauf zu wissen, was ihre Vertretung tut. Deshalb fordern wir, dass die LSV einmal pro Semester einen verständlichen Transparenzbericht veröffentlicht, der sowohl Erfolge als auch Herausforderungen der vergangenen Monate aufzeigt. So wird Vertrauen gestärkt und Mitsprache ermöglicht

- Die LSV soll mindestens einmal pro Semester einen Transparenzbericht veröffentlichen, in dem die wichtigsten Aktivitäten und Ergebnisse transparent dargestellt werden

Die Verschwiegenheitspflicht in der LSV ist nicht mehr zeitgemäß. Schüler:innen haben ein Recht darauf, zu wissen, was ihre Vertretung tut. Entscheidungen hinter verschlossenen Türen schwächen das Vertrauen – offene Kommunikation stärkt es. Deshalb soll diese Pflicht fallen, damit transparent gearbeitet und diskutiert werden kann. Auch das Organisationsnennungsverbot in Schüler:innenparlamenten ist nicht nachvollziehbar. Wenn eine Organisation – gerade auch eine Schüler:innenorganisation – gute Arbeit leistet, soll das

gesagt werden dürfen. Und wenn sie fragwürdige Dinge tut, genauso. Es geht nicht darum, Werbung zu machen, sondern um ehrliche, politische Diskussionen. Schüler:innen haben ein Recht auf volle Information, um sich selbst eine Meinung bilden zu können – das ist gelebte Demokratie

- Wir fordern die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht der LSV sowie des Organisationsnennungsverbots bei Schüler:innenparlamenten

Die meisten Schüler:innen wissen kaum, wie die LSV funktioniert oder welche Rechte ihnen zustehen – oft, weil die Informationen dazu schwer zugänglich oder nicht präsent genug sind. Damit echte Mitbestimmung möglich wird, braucht es gezielte Aufklärungsarbeit. Die LSV soll regelmäßig verständliches Infomaterial zu Schüler:innenrechten und zur Vertretungsarbeit bereitstellen und zusätzlich Workshops oder digitale Veranstaltungen anbieten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Initiative LSV on Tour, die ausgebaut werden soll: Ziel muss sein, dass jede Schule zumindest angefragt wird – damit wirklich alle Schüler:innen die Chance bekommen, mit der LSV in Kontakt zu treten und sich zu informieren. Nur so kann die LSV ihrer Rolle als Vertretung aller Schüler:innen gerecht werden

- Die LSV soll verständliches Infomaterial zu Schüler:innenrechten und Vertretungsarbeit bereitstellen sowie durch Workshops, digitale Formate und eine ausgebaute LSV on Tour-Initiative an allen Schulen aktiv informieren

Es ist wichtig, dass alle Schüler:innen verstehen, wie die LSV gewählt wird und wie die Ergebnisse zustande kommen. Aktuell werden die Ergebnisse der LSV-Wahl nur über die Bildungsdirektion veröffentlicht, ohne genaue Details wie Wahlbeteiligung oder Punkteverteilung. Damit alle nachvollziehen können, wie die Wahl ausgegangen ist, sollte die LSV die Ergebnisse künftig selbst über ihre Kanäle teilen – und dabei auch alle wichtigen Infos wie Wahlbeteiligung und Punkteverteilung angeben

- Die LSV soll die Ergebnisse ihrer eigenen Wahl über ihre Kanäle veröffentlichen und dabei detaillierte Infos zu Wahlbeteiligung, Punkteverteilung und den genauen Ergebnissen bereitstellen

Am Ende ihrer Amtszeit sollte jedes Mitglied der LSV Rechenschaft ablegen und offen darüber berichten, was in seiner Amtszeit erreicht wurde und welche

Herausforderungen bestehen. Das sorgt für mehr Verantwortung und stärkt das Vertrauen in die Arbeit der LSV. Dieser Bericht sollte öffentlich zugänglich sein und vor der nächsten LSV-Wahl präsentiert werden, damit Schüler:innen und besonders deren Vertreter:innen sehen können, was sie von der Arbeit der verschiedenen LSV-Mitglieder erwarten können

- Jedes Mitglied der LSV soll am Ende der Amtszeit einen Rechenschaftsbericht ablegen, der vor der nächsten LSV-Wahl öffentlich zugänglich gemacht wird

Schüler:innen haben ein Recht darauf zu wissen, wie mit den Ressourcen der LSV umgegangen wird. Die LSV muss daher regelmäßig eine Übersicht ihrer Ausgaben und Einnahmen bereitstellen, um den verantwortungsvollen Umgang mit den Geldern sicherzustellen. Transparenz über die Finanzen ist ein wesentliches Element von Vertrauen und demokratischer Kontrolle

- Alle Ausgaben und Einnahmen der LSV müssen transparent veröffentlicht werden und jederzeit zugänglich sein, um allen Schüler:innen Einsicht in die finanzielle Lage der LSV zu gewähren

Die Landesschüler:innenvertretung trägt eine große Verantwortung für die Vertretung der Interessen aller Schüler:innen eines Bundeslandes. Damit diese Aufgabe glaubwürdig und im Sinne demokratischer Grundsätze erfüllt werden kann, braucht es klare Regeln und deren konsequente Einhaltung. Gerade bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Geschäftsordnung – etwa beim bewussten Umgehen von Transparenzrichtlinien – darf nicht weggesehen werden.

- Wir fordern, dass die Bildungsdirektion, falls sie mitbekommt, dass schwere Verstöße gegen die Geschäftsordnung der LSV (z.B.: mutwilliges ignorieren d Transparenzrichtlinien) stattfinden, die Möglichkeit bekommt, gegenüber der verantwortlichen Mandatarinnen Verwarnungen bis hin zu

Rucktrittsaufforderungen auszusprechen.

Viele Schüler:innenvertreter:innen haben großartige Ideen – doch oft fehlt es an Ressourcen oder Unterstützung. Eine zentrale Projektbörse der LSV kann helfen, Projekte sichtbar zu machen, Vernetzung zu fördern und andere zum Nachmachen zu motivieren.

- Aufbau einer digitalen Projektbörse der LSV zur Vernetzung und Unterstützung von Schüler:innenprojekten

Zugang zu Periodenprodukten an ihrer Schule verbessern, stoßen dabei aber oft auf organisatorische oder finanzielle Hürden. Die LSV soll sie dabei unterstützen, passende Kooperationspartner – etwa Apotheken, Drogeriemärkte oder NGOs – zu finden

- Unterstützung der Schüler:innenvertretungen durch die LSV bei der Suche nach Kooperationspartnern für Periodenprodukte

Landesprogramm Wien

Gerade in Wien ist die Landesschüler:innenvertretung und der damit einhergehende Wahlkampf oft nicht viel mehr als ein reiner Machtkampf zwischen Rot und Schwarz bzw. Türkis. Doch eigentlich sollte die Landesschüler:innenvertretung viel mehr als das sein. Wir haben das Glück, eine gesetzliche, überschulische Vertretung zu haben, die uns Schüler:innen vertreten sollte, doch leider rückt dieses Gesamtziel viel zu oft in den Hintergrund. Die LSV kann, soll und muss mehr machen, um eine demokratische, transparente sowie eine mündige Schule zu gewährleisten! Wir sind davon überzeugt, dass Bildung der Grundstein für alles ist. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir das Bildungssystem verbessern, anstatt uns mit einem Kampf der Altparteien zu beschäftigen. Am Ende sollte nur eine Gruppe gewinnen: die Schülerinnen und Schüler Wiens.

Demokratie, Transparenz und Ehrlichkeit

Um zu gewährleisten, dass das Vertreten und Fördern aller Schüler:innen jederzeit das Hauptaugenmerk der Landesschüler:innenvertretung bleibt, braucht es mehr Transparenz. Denn wie soll man von echter Demokratie reden, wenn man gar nicht weiß, an welchen Projekten unsere Repräsentant:innen arbeiten? Wie soll garantiert werden, dass Sie überhaupt arbeiten? Um diese Probleme zu bekämpfen, haben wir in der LSV bereits wichtige Schritte gesetzt, aber es braucht noch mehr. Aber viel wichtiger: Es braucht auch echte Konsequenzen, wenn die LSV diese Transparenzregeln ignoriert und somit die Geschäftsordnung missachtet!

- Wir fordern die verpflichtende Veröffentlichung zweier Tätigkeitsberichte der einzelnen LSV-Mitglieder, einer am Ende des Wintersemesters, einer spätestens zwei Wochen vor der Wahl.

- Wir fordern, dass jedes aktive Mitglied der LSV auf Anfrage von 3 oder mehr Schüler:innen zu jedem Zeitpunkt Auskunft über seine:ihre LSV-Arbeit in den letzten 30 Tagen zu geben hat, außer das Mitglied veröffentlicht proaktive regelmäßig Berichte.

- Wir fordern, dass die Bildungsdirektion, falls sie mitbekommt, dass schwere Verstöße gegen die Geschäftsordnung der LSV (z.B.: mutwilliges ignorieren der Transparenzrichtlinien) stattfinden, die Möglichkeit bekommt, gegenüber den verantwortlichen Mandatar:innen Verwarnungen bis hin zu Rücktrittsaufforderungen auszusprechen.

Der wohl wichtigste Punkt bezüglich Demokratie ist allerdings ein anderer – das allgemeine Wahlrecht. Wie kann man guten Gewissens von einem demokratischen System sprechen, wenn sich nur Schulsprecher:innen daran beteiligen dürfen? Es kann und darf nicht sein, dass nur 0,2% aller Wiener Oberstufenschüler:innen das Privileg haben, ihre gesetzliche Vertretung auf Landesebene zu wählen.

- Wir fordern, dass sich die LSV für eine Direktwahl proportional verteilter LSV-Mandate einsetzt. Hierbei soll jede:r Obenstufenschüler:in die Möglichkeit bekommen, die eigene Vertretung auf Landesebene zu wählen, um ein demokratischeres System zu gewährleisten.

- Die LSV hat mit dieser Forderung eine breite Kampagne zur Bekanntmachung des Schüler:innenvertretungssystems an allen Wiener Schulen zu verknüpfen, diese
  hat vor einer etwaigen Direktwahl stattzufinden. Vor allem hat die LSV sich dafür einzusetzen, dass ein Plan zur Durchführung einer Direktwahl erstellt wird. Dieser soll vor allem die finanziellen & logistischen Teile regeln, und auch der BSV & dem Nationalrat vorlegbar sein.

Ein weiteres Problem im Rahmen der LSV-Wahlen und des Wahlkampf generell ist die Fairness zwischen den Schüler:innenorganisationen. Zu oft schon wurden Gerüchte verbreitet, Funktionär:innen angegriffen, oder am Wahltag Trauben um Schulsprecher:innen gebildet. Das alles ist Schüler:innen die sich ehrenamtlich für ein besseres Schulsystem einsetzen wollen gegenüber nicht würdig, und wir fordern, dass die LSV hier eingreift.

- Die LSV soll sich für ein konstantes, oder jährliches wiederkehrendes

Fairnessabkommen zwischen den Organisationen einsetzen.

- Die LSV soll in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion einen Plan ausarbeiten und umsetzen, wie der Wahltag fairer und weniger chaotisch gestaltet werden kann.

Mündig, verantwortungsbewusst und bereit fürs Leben

Um dieses demokratische Grunddenken noch weiter zu stärken und für eine bessere Vertretung zu sorgen braucht es außerdem mehr Aufklärung über das österreichische SV-System. Es ist unfassbar schade, dass der großen Mehrheit der Schüler:innen außerhalb der SV-Bubble gar nicht bewusst ist, dass wir das Privileg haben, eine gesetzlich verankerte, überschulische Vertretung auf Landes- und Bundesebene zu haben. Eine Vertretung ist nur eine echte Vertretung, wenn alle wissen, dass sie vertreten werden.

- Wir fordern, dass die LSV Kampagnen zur Vorstellung des österreichischen SV-Systems an Wiener Schulen startet, um Schüler:innen politisch aufzuklären. Dabei soll nicht nur das System erklärt werden, sondern auch wie man sich einbringen kann und was die aktuellen Forderungen sind.

Jedoch braucht es nicht nur politische Aufklärung an Schulen, sondern Aufklärung in allen Lebensbereichen, um sicherzustellen, dass man bestens aufs Leben vorbereitet ist. Gerade bei Themen wie beispielsweise Sexualkunde, Drogen oder mentale Gesundheit, zögern Schüler:innen verständlicherweise oftmals, sich ihren Lehrkräften anzuvertrauen. Daher sollte es mehr Möglichkeiten geben, mit schulexternen Personen über jene Themen und Herausforderungen zu Sprechen.

- Wir fordern, dass sich die LSV aktiv für vermehrte Angebote Workshops externer Personen an Schulen zu holen, einsetzt, welche es Schüler:innen ermöglichen soll, sich bestens auf das Leben vorbereitet zu fühlen.

Vor allem auch das Erlernen wichtiger Grundkompetenzen wie beispielsweise kritisches Denken oder Basiskenntnisse in Sachen Rhetorik sind Voraussetzungen um am politischen, aber oftmals auch, um am herkömmlichen Alltag teilzunehmen. Da die Schule der prägendste Ort für die Charakterbildung junger Menschen ist, muss hier angesetzt werden. Man sollte in der Schule bereits lernen, wie man kritisch denkt, Kritik äußert und Diskussionen führt. Unmündig zu sein ist einfach, mündig zu sein und selbst zu denken ist anstrengend, aber es lohnt

sich.

- Wir fordern, dass die LSV Workshops zu Rhetorik anbietet und sich für mehr kritisches Denken in der Schule einsetzt. Da es aber sehr viele Schulen gibt und es de facto unmöglich ist an allen Workshops anzubieten, soll sie Schüler:innenvertretungen helfen, diese Workshops in ihrer Schule durchzuführen, um die Diskussionskultur und politische Partizipation unter Jugendlichen zu fördern.

JUNOS Schüler:innen vertritt den Standpunkt das Politische Mündigkeit ein Grundpfeiler der Demokratie ist. Um diese gewährleisten zu können benötigt es regelmäßig CHECK & ACT-Maßnahmen.

- Wir JUNOS Schüler:innen fordern einen jährlich anonym abgehaltenen, nicht beurteilten Test durch die Bildungsdirektion an allen Wiener Schulen, um ein gutes Niveau an politischer Bildung gewährleisten zu können.

- Die Ergebnisse dieser Tests, sollten von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern sowie von Experten, ausgewertet und laufend evaluiert werden.

- Die LSV hat die Ergebnisse besagter Tests in passender Art und Weise zu veröffentlichen und auf Basis der Evaluation Forderungen auszuarbeiten.

Der Großteil der SVn hat kein Ideenproblem, sondern ein Umsetzungsproblem! Anstatt voneinander zu lernen, müssen SVn das Rad jedes Jahr neu erfinden. Um dagegen anzukämpfen, fordern wir eine Projektmappe von bereits umgesetzten Projekten an Schulen, die bei jeder Idee in einfachen Schritten erklärt, wie diese umgesetzt werden können. SVn können individuell entscheiden welche Projekte an der jeweiligen Schule möglich sind und diese dann auch umsetzen.

- Wir fordern, dass die LSV eine Projektmappe, auf Basis bereits existierender Projektmappen, erstellt in der typische SV-Projekte für neugewählte SVen erklärt werden.

- Wir fordern, dass Schulen jederzeit die Möglichkeit haben, der LSV Ideen für diese Projektmappe schicken können und diese von der LSV regelmäßig

aktualisiert wird.

Chancengerecht & Weltoffen

Damit Schüler:innen nicht nur politisch und professionell aufgeklärt sind, sondern auch ihrer Umwelt gegenüber aufgeschlossen entgegentreten, ist es wichtig, sie auf viele wichtige Themen der heutigen Zeit zu sensibilisieren. Auch wenn vor dem Gesetz alle Geschlechter gleichgestellt sind, ist dies in der Realität immer noch viel zu selten der Fall. Bereits in Schulen, müssen Kinder und Jugendliche lernen, wieso dies aber so wichtig ist und wie man aktiv gegen Benachteiligung einzelner Geschlechter vorgehen kann. Es bringt nichts, wenn man aus Prinzip eine Einstellung zu gewissen Themen hat, man sollte wissen warum man eine gewisse Meinung hat und diese Meinung verstehen.

- Wir fordern, dass die LSV sich für vermehrten Aufklärungsunterricht bezüglich Gleichstellung der Geschlechter einsetzt sowie die Entwicklung konkreter Projekte für Schüler:innenvertretungen. (Workshops, Seminare…)

Wir fordern, dass LSV & BDW Schulen dabei unterstützt Podiumsdiskussionen zu den Themen Feminismus & Gleichberechtigung zu organisieren.

Desweiteren sollen LSV & BDW Schulen auch dabei unterstützen, etwaige bereits bestehende Peer-Mediations-Programme auch in dem Bereich Gleichberechtigung zu stärken.

Neben der geschlechterbasierten Benachteiligung kommt es auch noch immer viel zu oft zur Diskriminierung bestimmter Minderheiten. Wir leben jedoch in einer derart globalisierten und interkulturellen Welt, dass dies längst ein Problem der Vergangenheit sein sollte. Auch hier spielt die Schule natürlich eine Schlüsselrolle in der Prävention, da sie versuchen sollte, durch interkulturelleren und aufgeschlosseneren Unterricht Präventivarbeit zu leisten. Ein Mensch ist in seinem sein frei, und muss niemanden aktiv unterstützen, aber das absolute Minimum ist die Toleranz sowie die Akzeptanz.

- Wir fordern, dass sich die LSV für mehr Beihilfe des Landes für Schulen beim Planen und Veranstalten von Workshops, Seminaren oder Event einsetzt, welche Toleranz und ein freies miteinander für alle fördert.

- Außerdem fordern wir hierbei einen Fokus auf Rassismusbekämpfung.

Schule von morgen!

Eine Thematik die in Betracht auf unsere Zukunft und die Zukunft auch zukünftiger Wiener Schüler:innen nicht außer Acht gelassen werden darf ist der Klimaschutz. Wir JUNOS Schüler:innen glauben, dass wenn jeder seinen Teil beiträgt, wir etwas bewirken können.

- Daher fordern wir das sich die LSV für eine auf Belohnungen basierende Ökoschool-Challenge, bei der die Schulen, die am meisten CO2 einsparen Belohnungen bekommen, die die am wenigsten Einsparen Expertenhilfen bekommen, an allen Wiener Schulen einsetzt.

- Des Weiteren soll sich die LSV für faktenbasierte, fächerübergreifende Klimabildung an allen Schulen Wiens einsetzen.

Die LSV soll sich dafür einsetzen, dass Schüler:innen im generellen und vor allem die LSV selbst mehr an Renovierungen und Neuerschließungen von Schulgebäuden eingebunden zu werden, um zu gewährleisten, dass diese zukunftsorientiert stattfinden. Weiters kann es nicht helfen, das Wiens Schulen im Punkt Digitalisierung auf veraltete Computer aus dem letzten Jahrhundert setzen. Auch zur Mündigkeit unserer Schüler:innen wird dies nicht beitragen.

- Wir fordern also, dass sich die LSV für eine Digitalisierungsoffensive an Wiens Schulen einsetzt. die im Vorhinein zwischen Bildungsdirektion, Landesschüler:innenvertretung und Experten im Bereich Digitalisierung in der Bildung abgesprochen werden muss.

- Wir fordern außerdem, dass in der Schule ein größerer Fokus, z.B.: durch externe Workshops, auf digitale Themen, inklusive den Gefahren von Sozialen Medien & Handysucht gelegt wird.

Aber auch auf Schulstandorte muss geschaut werden!

An vielen Schulstandorten ist die nächste Schule nur 10 Minuten entfernt, aber die Distanz fühlt sich oft ewig lang an, den Schulkooperationen, auch genannt Cluster, sind leider die absolute Seltenheit. Doch gerade an Schulen wo weniger stark besuchte Fächer wie verschiedene Religionsunterrichte oder Wahlpflichtfächer aufgrund zu geringer Schüler:innenzahlen nicht stattfinden können, wären diese extrem wichtig! Deswegen fordern wir die BDW und die LSV

Wien auf in diesem Bereich etwas zu tun.

- Wir fordern die Schaffung einer zentralen digitalen Plattform, auf der Schulen ihre Angebote eintragen und Kooperationen koordinieren können.

- Wir fordern, dass die BDW ein einheitliches, vereinfachtes Verfahren zur Genehmigung schulübergreifender Angeboteschafft.

Im Bereich der Freiheit sind uns auch Schulversuche an Wiener Schulen ein großes Anliegen. Vor allem im Bereich der freieren Fächerwahl im Rahmen einer sogenannten „modularen Oberstufe“ haben einige Schule bereits sehr positive Erfahrungen gemacht, und sind mit diesem Modell auch österreichweit Vorreiter. Daher fordern wir stärkere Unterstützung vonseiten der BDW für Schulversuche.

- Die BDW soll es Schulen einfacher ermöglichen Schulversuche zu starten und hier auch Beratung für Schulleitungen und SGAs bereitstellen.

Aber es soll auch immer bedacht werden, dass Schulversuche als Zwischenschritt gedacht sind, und aufzeigen sollen, in welche Richtung sich das österreichische Schulsystem generell weiterentwickeln soll. Daher fordern wir die BDW zusätzlich auf, zusammen mit dem Bildungsministerium an der großflächigen Umsetzung von sichtbar erfolgreichen Schulversuchen mitzuwirken, weil nur Probieren ist auch nicht alles.

- Die BDW soll in Zusammenarbeit mit dem BMB konkret an der Umsetzung von messbar erfolgreichen Schulversuchen arbeiten.

Mental Health? Nicht egal!

„Nicht nur ein gebrochenes Bein, sondern auch eine gebrochene Seele tut weh.“ Ein oft gesagter Satz, der immer wichtiger wird, denn Probleme mit Mentaler Gesundheit sind längst an Wiens Schulen angekommen, und während wir allein das Problem nicht lösen können, können wir definitiv den ersten Schritt gehen, indem wir Wiens Schulen verpflichten, das Thema in Angriff zu nehmen!

- Wir fordern eine Wien-weite Ausbildungsoffensive bei Lehrkräften, damit diese auf die Erkennung erster Symptome mentaler Gesundheitsprobleme vorbereitet sind.

- Des Weiteren fordern wir, dass alle zwei Jahre Mental Health-Checks an Schulen stattzufinden haben, um etwaige Probleme im Vorhinein entdecken und bekämpfen zu können.

- Zuletzt fordern wir präventive Workshops bezüglich mentaler Gesundheit, denn Probleme die gar nicht entstehen, müssen auch nicht behandelt werden.

- Wir fordern, dass die BDW eine Expert:innenkommision mit u.a. der LSV, der Polizei, Jugendpsycholog:innen und Lehrkräften sowie Schulleitungen einsetzt um im Bereich Mobbing ein klareres Regelwerk zu schaffen.

- Wir fordern, dass sich die BDW für mehr & bessere Fortbildungsmöglichkeiten für Schulpsycholog:innen einsetzt.

Landesprogramm Burgenland

Präambel

Es ist jetzt Zeit für Veränderung in der Landeschüler:innenvertretung Burgenland. Das System steht still, obwohl sich in der Welt so vieles weiterentwickelt. Das Burgenland verdient eine gesetzliche Vertretung die wirklich etwas verändern möchte. Deshalb jetzt volle Fahrt voraus für eine zukunftsorientierte LSV im Burgenland.

Chancengerechtigkeit beginnt mit uns!

Gute Ideen brauchen keine dicken Geldbörsen

Um zu gewährleisten, dass sich in den burgenländischen Schulen, alle Schüler:innen gerechte Chancen haben muss sich viel ändern. Daher fordern wir:

· Menstruationsartikel die von der Landeschüler:innenvertretung gratis in allen Schulen angeboten werden.

· Ein Nachhilfe- beziehungsweise Buddy Programm, um das System zu entlasten. Durch beispielsweise Online Plattformen oder direkten Kontakt.

Mental Health

Viel zu lange wurde auch das Thema Mental Health ignoriert, damit muss jetzt Schluss sein, denn alle Schüler:innen haben das Recht auf mentale Gesundheit. Keine Schüler:in sollte alleine mit Angst, Depressionen oder anderen mentalen Problemen gelassen werden. Aus diesem Grund fordern wir:

- Mental Health Checks, die regelmäßig durch Vertrauenslehrer:innen bzw. Schulpsycholog:innen, an allen Schulen im Burgenland durchgeführt werden.

- Die Förderung von Vertrauenslehrer:innen und damit verbunden die Sensibilisierung zum Thema Mental Health. Durch eine Ausweitung von Fortbildungs -und Weiterbildungsmöglichkeiten.

- Den niederschwelligen Zugang zu Schulpsychologen auszubauen und für alle Schüler:innen zu ermöglichen.

360 Grad Feedback

Täglich werden wir von Lehrer:innen bewertet, nicht nur anhand unserer Leistungen. Denn leider ist bis heute Diskriminierung in den burgenländischen Schulen keine Ausnahme, genau aus diesem Grund sollte man als Schüler:in die Möglichkeit haben den Lehrer:innen ein faires, anonymes 360 Grad Feedback zu geben. Deshalb fordern wir:

· Die Einführung eines anonymen 360 Grad Feedbacks an allen Schulen der Sekundarstufe II.

· Eine verpflichtende Teilnahme aller Klassen an diesem 360 Grad Feedback.

· Stichprobenartige Kontrollen durch die Bildungsdirektion, durch eine standardisierte Anwendung.

· Den Zugang für alle Direktionen zu den Ergebnissen des Feedbacks.

Mündigkeit von Morgen

Mündige Bürger:innen

Alle Schüler:innen im Burgenland, sollten die Möglichkeit haben mündige Bürger:innen von morgen zu werden. Es braucht mehr Aufklärung, mehr sinnvolles Wissen, um das zu ermöglichen fordern wir:

· Mehr Drogen-, Finanzielle-, Politische-, Wirtschaftliche-, Sexuelle- und Religiöse- Aufklärungskurse.

· Mehr Aufklärung über berufliche Möglichkeiten und den verpflichtenden Wehrdienst, den Zivildienst und das freiwillig soziale Jahr.

Künstliche Intelligenz

Es ist längst überfällig, dass Künstliche Intelligenz den Einzug in die Klassenzimmer der burgenländischen Schulen schafft. Genau aus diesem Grund fordern wir:

· Mehr Aufklärung über KI bei Eltern, Lehrer:innen und Schüler:innen.

· Die Aufnahme von KI in den täglichen Unterricht.

· Integrierung des Umgang mit KI in den Lehrplan.

Politische Mündigkeit

Wir dürfen die Vergangenheit nicht vergessen und müssen die Zukunft im Auge behalten. Eine schwierige Aufgabe, dennoch braucht es mehr politische und damit zusammenhängend mehr geschichtliche Mündigkeit. Deshalb ist es jetzt an der Zeit für:

· Für mehr politische Aufklärung im Rahmen des Geschichteunterrichtes

· Für eine bessere Aufklärung über das Schüler:innenvertretungssystem in Österreich

· Für mehr Aufklärung über die Politik und politische Systeme in Österreich, der EU und der Welt.

Sexuelle Aufklärung

Beim Thema sexuelle Aufklärung ist es Zeit für eine objektive, qualitative

Aufklärung, die nicht von der Lehrer:in abhängen sein darf. Deshalb möchten wir verändern:

· Eine bessere Aufklärung über sexuelle Übergriffe und wie man damit umgeht. Durch
Workshops und Aufklärungskurse.

· Wir fordern, dass der Lehrplan für Sexualkunde Diversität lebt. Dabei sollte sowohl über Geschlechtsidentitäten als auch Stereotype und Sexualitäten gesprochen werden. Die Aufklärung über sexuelle Gewalt, Sexismus, Fetische, Pädophilie und Pornografie sollte dabei ebenfalls Thema sein.

Demokratie und Freiheit

Wählen statt wählen lassen

Damit wir bestmöglich von der Demokratie, in der wir leben Gebrauch machen können, ist es wichtig bereits früh mit diesem Recht in Berührung zu kommen, durch eine Direktwahl der Landeschüler:innenvertretung beispielsweise. Aus diesem Grund fordern wir:

· Die Aufklärung über die Möglichkeiten einer Direktwahl der burgenländischen Landeschüler:innenvertretung.

· Auf die Aufklärung folgend eine Direktwahl der Landeschüler:innenvertretung, an der alle Schüler:innen der Sekundarstufe II teilnehmen.

· Durch die LSV durchgeführte Podiumsdiskussionen.

· Eine Vertretung die sich aktiv für das Thema Direktwahl einsetzt.

Freiheit statt Leitplanken

Die Schüler:innen im Burgenland brauchen mehr Freiheiten ebenso alle Direktionen und Lehrer:innen sollten mehr Handlungsfreiheiten haben um bestmöglich auf die Bedürfnisse der Schüler:innen einzugehen. Für eine freiere Schule fordern wir:

· Mehr Lernfreiheit für Schüler:innen, beispielsweise bei der Wahl zwischen digitaler und handschriftlicher Mitschrift und Recherchearbeiten in Büchern oder im Internet.

· Mehr Freiheiten für Direktionen, um für ihre Schule nötige Dinge zu verändern.

· Mehr Freiheiten für Lehrer:innen um den Lehrplan spannender und an die Bedürfnisse der Schüler:innen angepasst zu unterrichten.

Bürokratie

Es ist Zeit für weniger Bürokratie an den burgenländischen Schulen. Für weniger Bürokratie und mehr Freiheit fordern wir:

· Weniger komplizierte Genehmigungs-Verfahren für Projekte, Ausflüge oder der Kommunikation mit der Bildungsdirektion.

· Vereinfachte Abläufe für Förderanträge oder Unterstützungsangebote, wie Erasmus+, durch eine direkte Kommunikation von Schüler:innen zu den verantwortlichen Gremien.

Transparenz statt Machterhalt

Nichts gezeigt - Nichts erreicht

Viel zu lange wurden die burgenländischen Schüler:innen über die Vorgänge und Möglichkeiten der Landeschüler:innenvertretung des Burgenlands unaufgeklärt zurückgelassen. Es ist Zeit für echte Transparenz, aus diesem Grund fordern wir:

· Berichtspflicht für alle Mitglieder der Landeschüler:innenvertretung im Burgenland, einmal pro Semester.

· Eine Projektampel, die den Status der aktuellen Projekte der LSV anzeigt.

· Die Offenlegung des Budgets der Landeschüler:innenvertretung Burgenland.

· Die stärkere Ausführung der LSV on Tour, mit einer organisationsunabhängigen Aufklärung über das SV System und über die Aufgabenbereiche und Projekte der LSV.

· Für eine starke Bekanntheitssteigerung der LSV soll diese medial stärker vertreten sein.

Es ist Zeit für Aufklärung

Man darf Schüler:innevertreter:innen nicht alleine und im Dunkeln lassen. Für eine Bessere Aufklärung fordern wir:

· Ein Starterpaket für alle Schüler:innenvertreter:innen in jedem neuen Schuljahr. Mit einem Factsheet über die LSV und alle zu wählenden Schüler:innenorganisationen.

· Eine Bessere Aufklärung über das Schüler:innenvertreter:innen System in Österreich.

Umweltbewusstsein jetzt

Umweltschutz fürs Burgenland

Viel zu lange wurde die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit an burgenländischen Schulen vernachlässigt, es ist Zeit das sich etwas ändert. Weniger Bürokratie mehr Umweltbewusstsein, ist jetzt angesagt. Aus diesem Grund fordern wir:

· Mehr Workshops zu den Themen Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und Mülltrennung.

· Verpflichtende Fahrradplätze an allen Schulen.

· Sensibilisierung für Energieverbrauch, durch die Einführung von energiesparenden Geräten.

· Im Sinne der Nachhaltigkeit die Förderung der Digitalen Mitschrift.

Trenntastisch

Es ist an der Zeit für mehr Spaß beim Thema beim Thema Umweltschutz an burgenländischen Schulen. Dieses ohnehin oft übersehene Thema muss neu aufbereitet werden. Deshalb möchten wir verändern:

· Mehr regionales, saisonales und nachhaltiges Essen an burgenländischen Schulen.

· Zum Beispiel durch eigene Projekte wie Felder, Bienenstöcke oder der gleichen.

· Einen Tag der im Zeichen des Mülls steht, an dem Challenges oder Ähnliches durchgeführt werden.

· Eine LSV die bei diesen Themen ein Vorbild ist.

Landesprogramm Oberösterreich

Mündigkeit

Wir sind überzeugt davon, dass Schüler:innen nicht nur binomische Formeln, sondern auch Mündigkeit erlernen sollen. Anstatt einen nur auf die nächste Schularbeit vorzubereiten, sollte die Schule einen also vor allem für das Leben nach dem Abschluss ausbilden.
Dementsprechend fordern wir JUNOS Schüler:innen nach dem Motto „Eine Schule fürs Leben, statt ein Leben für die Schule", dass gewisse Mündigkeitsbereiche im Unterricht abgedeckt werden:

Suchtprävention

Ob Snus, E-Zigaretten, Tabak oder Alkohol – Suchtmittel sind an Oberösterreichs Schulen leider Alltag. Der Konsum beginnt dabei oft viel zu früh und in übermäßigem Ausmaß. Wir fordern daher, dass:

- Schüler:innen im Biologieunterricht ausreichend und ernsthaft über Suchtmittel aufgeklärt werden.

- Workshops und externe Expert:innen (z.B. Suchtberatung OÖ) vor Ort in den Schulen aktiv aufklären – gerade in Regionen, in denen der Konsum besonders hoch ist.

Politische Bildung:

Auch in Oberösterreich wird die politische Lage zunehmend komplex und ist durch rechts- als auch linksextreme Vorfälle und Aussagen geprägt.
Deshalb halten wir das vom Bundesministerium für Bildung geplante Fach „Demokratiebildung" für besonders unterstützenswert.

Weiters setzen wir uns dafür ein, dass:

- Aufklärung bezüglich Extremismus & Zivilcourage ein fixer Bestandteil des neuen Faches „Demokratiebildung” werden.

- Schüler:innen, welche in ihrer schulischen Laufbahn wiederholt durch Mobbing auffällig werden, verpflichtend und auf eigene Kosten einen Workshop gegen Mobbing und Radikalisierung (z.B. Blue Eye, ...) besuchen müssen.

Wirtschaftliche Bildung:

Finanzielle Mündigkeit ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Jedoch beenden viele Schüler:innen Oberösterreichs ihre schulische Laufbahn ohne je etwas über Unternehmertum, Steuern, Versicherungen oder Mietverträge gehört zu haben.

Um diese wirtschaftlichen Kompetenzen der Schüler:innen zu fördern halten wir es für sinnvoll, dass:

- eine verpflichtende wirtschaftliche Grundbildung aller Schüler:innen bis zum Abschluss der Pflichtschule stattfindet.

- Kooperationen mit lokalen Unternehmen/Institutionen wie z.B. der WKO, oder Start-ups aus der Umgebung geplant werden, um Inhalte praxisnahe zu vermitteln.

Transparenz

Schüler:innen sind mündige Bürger:innen, die ein Recht auf Wissen und Mitbestimmung haben. Demokratie und Transparenz dienen daher als die Basis für eine Schule, welches auf ein Leben in Freiheit vorbereitet. Eine Schule von Morgen bietet demnach Mitbestimmung auf allen Ebenen.

Allgemeines Wahlrecht für die Landesschüler:innenvertretungswahlen:

Wir erkennen an, dass Schüler:innenpolitik in erster Linie in den Ländern passiert. Doch es kann und darf nicht sein, dass das Wahlrecht bei LSV-Wahlen einer kleinen Minderheit vorbehalten ist. Eine Beschränkung des aktiven

Wahlrechts auf einen zweistelligen Kreis fördert nur Freunderlwirtschaft und Stillstand.

- Wir fordern eine Ausweitung des LSV-Wahlrechts auf alle Schüler:innen ab der 9. Schulstufe. Die LSV-Mandate sollten proportional verteilt werden, um eine möglichst breite Repräsentanz der Meinungen innerhalb unserer gesetzlichen Vertretung zu gewährleisten.

Ein Kandidieren für die LSV-Wahl sollte sowohl als Mitglied einer Organisation als auch unabhängig möglich sein. Damit schaffen wir nichts Neues, sondern schreiben gelebte Praxis fest.

- Wir fordern die Schaffung einer echten Listenwahl. Einerseits sollen Organisationen Listen unter ihrem Namen aufstellen können, aber andererseits solle es auch möglich sein mit eigenen, unabhängigen Listen kandidieren zu können, sofern die Liste bis zu einem vom Datum der Wahl abhängigen Stichtag bekanntgeben wird.

Anfragerecht für jedes SiP:

Macht ohne Kontrolle führt zu Machtmissbrauch. Deswegen sind Aufsichtsinstanzen essenzielle Werkzeuge zur Einhaltung von Transparenz und Integrität. Schüler:innenparlamente spielen dabei eine Schlüsselrolle.

- Wir fordern ein umfassendes Anfragerecht an die LSV für jedes SiP. Das Ö-SiP soll ebenfalls über ein solches bei der BSV verfügen.

Projektampel – Übersicht über den Fortschritt laufender Projekte:

Viele Projekte innerhalb der Schüler:innenvertretung laufen über mehrere Monate hinweg. Dabei fehlt oft eine transparente Übersicht über den aktuellen Stand. Um Kontinuität und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, braucht es ein klares System zur Fortschrittsanzeige.

- Wir fordern daher die Einführung einer Projektampel auf der Website der LSV OÖ, die den aktuellen Status laufender Projekte (z. B. geplant, in Arbeit, abgeschlossen) visuell darstellt. Diese wird regelmäßig aktualisiert und ist öffentlich einsehbar, um Transparenz und

Nachvollziehbarkeit innerhalb und außerhalb der LSV OÖ zu fördern.

Transparente Budgetoffenlegung auf Schul- und Landesebene:

Die transparente Verwendung von Budgetmitteln ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Mitbestimmung. Aktuell sind Schüler:innen von Budgetentscheidungen an ihren Schulen weitgehend ausgeschlossen, da die Direktionen nicht zur Offenlegung verpflichtet sind.

Transparenz muss jedoch über die einzelne Schule hinausgehen. Auch innerhalb der LSV soll ein verantwortungsvoller und nachvollziehbarer Umgang mit Budgetmitteln sichergestellt werden. Darum fordern wir, dass:

- das Schulbudget ganzjährig einsehbar ist und bei Nachfrage mit Belegen nachweisbar gemacht wird.

- die LSV OÖ ihre Einnahmen und Ausgaben öffentlich zugänglich macht z. B. durch eine Veröffentlichung auf ihrer Website.

Mental Health

Alle 40 Sekunden begeht ein Mensch Suizid. Bei 15–29-Jährigen ist Selbstmord die zweithäufigste Todesursache. So ein Bericht der WHO. Dies ist nur die Spitze des Eisberges, denn viele Menschen leiden tagtäglich unter psychischen Störungen, selbst wenn diese nicht in einen Suizid kulminieren. Bei einer Studie aus dem Jahr 2018 bei welcher ca. 3000 Schüler:innen an Österreichs Schulen befragt wurden, lag etwa die Punktprävelenz von Angststörungen bei 9,4 %. Wir sehen, psychische Gesundheit ist ein Thema höchster Wichtigkeit und sollte auch dementsprechend behandelt werden. Darum fordern wir als Junos Schüler:innen dass:

· Programme und Workshops zum Thema mentale Gesundheit regelmäßig angeboten werden etwa in Form eines jährlichen Mental-Health-Tages.

· das Angebot an Schulsozialarbeiter:innen und/oder Schulpsychologinnen/Schulpsychologen ausgeweitet wird, sodass jährliche Untersuchungen angeboten werden können. Außerdem sollen Sprechstunden per Terminvereinbarung möglich sein, um so niederschwellig Unterstützung anbieten zu können.

Ernährung und Sport

Laut den österreichischen Bewegungsempfehlungen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sollten Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 18 Jahre täglich eine Stunde Sport betreiben. Allerdings erfüllten im Jahr 2018 nur 55,8 % der Schüler und 33,4 % der Schülerinnen diese Empfehlung mindestens viermal die Woche. Zudem sind Falschinformationen auf Social Media weit verbreitet. Youtube und Instagram sind hierfür bisher die beliebtesten Plattformen.

Deswegen fordern wir, dass:

- eine tägliche Sporteinheit eingeführt wird. Diese wird von dem jeweiligen Sportlehrer: innen der Klasse oder Schulstufe geleitet. Sie konzentriert sich primär auf die Bewegung an sich und die Freude daran, anstatt auf Leistungsdruck zu pochen.

- im Biologieunterricht Informationen und Faktenchecks zu dem Thema Muskelaufbau und Bewegung vermittelt werden.

- Workshops von Ernährungsberater: innen jährlich für Schüler:innen angeboten werden. Der Fokus hierbei liegt auf klimaschonende, ausgewogene Ernährung.

Innovativer Klimaschutz

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Jeder muss einen Beitrag zu dessen Lösung leisten. Oberösterreich ist das Industriebundesland schlechthin. Insgesamt macht diese Branche 22% an der ganzen Industrie Österreichs aus. Dieser Bereich der Wirtschaft ist gleichzeitig mit hohen Emissionen verbunden. Mit dem Vorsatz einer CO2-neutralen Stahlproduktion seitens der Voestalpine ist ein wichtiger Schritt getan. Dies ist aber lange nicht genug. Um nachhaltig Veränderung zu bewirken, muss bei den zukünftigen Arbeiter: innen und Unternehmer: innen Oberösterreichs frühzeitig angesetzt werden. Deswegen fordern wir:

- Ein Belohnungssystem, welches umweltfreundliches Verhalten motiviert, ohne zu bestrafen. Die Schulen mit den höchsten Emissionsrückgängen innerhalb eines Jahres werden finanziell belohnt. Diese Geldmenge ist zweckgebunden

an CO2-neutrale Ausgaben. Zugleich erhalten Bildungsstätten mit den geringsten Senkungen Unterstützung von Experten: innen des Bildungsministeriums. Die derzeitigen Ergebnisse werden in einer zentralen, aktuellen Rangliste online einsehbar zur Verfügung gestellt.

Landesprogramm Steiermark

Transparenz

(L)SV-Aufklärung

Die steirische LSV (Landesschüler:innenvertretung) vertritt alle Schüler:innen aus der Steiermark. Allerdings wissen viele Schüler:innen nicht, was die LSV überhaupt ist, geschweige denn was ihre Aufgabengebiete sind. Deshalb braucht es mehr Aufklärung. Es braucht nicht nur mehr Aufklärung über die LSV, sondern auch über die SV (Schüler:innenvertretung) in den einzelnen Schulen, damit das gesamte SV-System verstanden werden kann. Durch diese Aufklärung wird den Schüler:innen die Möglichkeit gegeben, auf Informationen rund um ihre Vertretung zugreifen zu können und sich eventuell auch selbst darin einzubringen. Eine Aufklärung über das (L)SV-System könnte beispielsweise durch die Erstellung und Veröffentlichung von Aufklärungsvideos gelingen.

Wir fordern die Einrichtung einer LSV-Videoplattform, auf der die Schüler:innen laufend Zugriff zu Aufklärungsvideos bezüglich der SV, LSV und BSV haben.

Transparente LSV

Aber nur mit Aufklärung über die LSV ist es noch nicht getan, die LSV muss insgesamt transparenter werden, damit alle steirischen Schüler:innen endlich wissen, an was die LSV arbeitet und wie sie es ihre Projekte umsetzt. Deshalb setzt sich JUNOS Schüler:innen für eine transparente LSV ein. Wir wünschen uns eine LSV in der die Finanzen kein Geheimnis, sondern offen einsehbar sind. Außerdem ist es uns ein Anliegen, dass die Projekte und Ideen der LSV offen und frühestmöglich veröffentlicht werden, damit diese eine möglichst breite Zielgruppe erreichen.

Wir fordern die Erstellung eines Jahresplans/Kalenders, in dem die LSV über Projekte und Events informiert.

Wir fordern die Bekanntgabe der Finanzen der LSV, für alle einsehbar, auf der

LSV-Website.

Wir fordern eine Veröffentlichung von Tätigkeitsberichten der einzelnen LSV-Mitgliedern.

Wir fordern die Einführung einer Projektampel, die laufend über Projekte der LSV informiert.

Projektbörse

Einige Schüler:innenvertretungen haben zwar die Motivation Projekte an ihrer Schule umzusetzen, aber ihnen fehlen die Ideen oder ein Plan für die Umsetzung. Außerdem fehlt es an Austausch zwischen den Schulen, welche Projekt sie gerade umsetzten und welche Projekte gut funktioniert haben an ihren Schulen und welche nicht.

Wir fordern, dass die Landesschüler:innenvertretung eine Projektböse für alle Schüler:innenvertretungen mit umsetzbaren Projekten für Schulen veröffentlicht.

Mündigkeit

„Non vitae sed scholea discimus“ (Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir), wusste Seneca schon 60 nach Christus. Daran hat sich bis heute auch wenig geändert, wie wir JUNOS Schüler:innen finden.

Eigentlich hat die Schule die Aufgabe, uns auf das Leben vorzubereiten. Sie hat uns das Werkzeug mitzugeben, um später die eigenen Flügel heben zu können, ganz egal wohin es uns verschlägt. Sie hat die Pflicht uns zu mündigen Bürger:innen zu erziehen, die durch ihr Gelerntes sinnvolle, nachhaltige Entscheidungen treffen können.

Wir fordern ein größeres und erweitertes Angebot an Wahlpflichtfächern, um dieses zu ermöglichen sollen Schulcluster erstellt werden

Politische Bildung

Um ein mündiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können, ist ein grundlegendes politisches Verständnis notwendig. Und politisches Verständnis wird nicht nur durch einen guten und informativen Unterricht in der Schule, sondern auch durch hautnahes Erleben von Politik vermittelt. Deshalb setzten wir JUNOS Schüler:innen uns dafür ein, dass Besuche einer Landtagssitzung und

bestenfalls auch einmal einer Gemeinderatssitzung in den Politikunterricht eingeplant und aufgearbeitet werden. Des Weiteren sind Podiumsdiskussionen essential, um sich eine eigene Meinung über die politischen Parteien bilden zu können.

Wir fordern, dass Besuche des Landestages und der unterschiedlichen Rathäuser ein fixer Bestandteil jedes Politikunterrichtes sind.

Wir fordern, dass jährlich eine Podiumsdiskussion an jeder Schule stattfindet.

Wir fordern eine stärkere Bewerbung von internationalen Projekten wie Erasmus+

Religiöse Mündigkeit

Wir JUNOS Schüler:innen glauben, dass die Schule ein neutraler Ort sein soll, an dem Schüler:innen auf ein mündiges und selbstbestimmtes Leben vorbereitet werden. Dazu gehört auch ein unbeeinflusstes Lernen über die unterschiedlichen Religionen. Deshalb sprechen wir uns für eine klare Trennung von Schule und Religion aus.

Da Religion Privatsache ist, sollten Kreuze, genauso wie sämtliche anderen religiösen Symbole, in keinem Klassenzimmer einer öffentlichen Schule zu finden sein.

Sexuelle Mündigkeit

In der Schule kommt sexuelle Aufklärung oft zu kurz. Auch deshalb sind andere Sexualitäten, vor allem in der Schule, oft unterrepräsentiert und deshalb können sich queere Jugendliche in der Schule oft nicht akzeptiert fühlen. Pride-Flagge können gerade diesen Personen dabei helfen sich in der Schule wohlzufühlen und können dazu beitragen Vorurteile und Diskriminierung in der Schule zu verringern.

Wir fordern, eine stärke Zusammenarbeit mit externen Expert:innen und Organisationen, um die sexuelle Aufklärung an Schulen zu verbessern.

Wir fordern, Love-is-love Kampagnen mit LGBTQIA+ Gruppen

Digitale Mündigkeit

Die zunehmende Verbreitung von Künstlicher Intelligenz und digitalen Medien stellt Schulen vor neue Herausforderungen – und eröffnet zugleich große Chancen. Damit Lehrkräfte diesen Entwicklungen kompetent begegnen können, fordern wir landesweite Fort- und Weiterbildungen in den Bereichen KI- und Medienkompetenz. Nur wer die Funktionsweise, Möglichkeiten und Grenzen dieser Technologien versteht, kann sie sinnvoll im Unterricht einsetzen und gleichzeitig kritisch hinterfragen.

Wir fordern Landesweite Fort- und Weiterbilungen für Lehrkräfte zu Thematiken wie „KI- und Medienkompetenz

Wir fordern, Aufklärung und Thematisierung zur korrekten Nutzung von KI im Schulkontext

Finanzielle Mündigkeit

Finanzbildung ist eine zentrale Lebenskompetenz, die im Schulalltag oft zu kurz kommt. Um dem entgegenzuwirken, fordern wir die Miteinbeziehung von Online-Tools in den Unterricht, mit denen Schüler:innen praxisnah Kompetenzen in Bereichen wie Investieren, Börse oder Budgetplanung erlernen können. Digitale Anwendungen ermöglichen es, komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge verständlich und interaktiv zu vermitteln.

Wir fordern Miteinbeziehung von Online-Tools in den Unterricht, bei dem Schüler:innen Kompetenzen im Bereich investieren, Börse oder Budget erlernen

Wir fordern, Workshops die von externen Expert:innen durchgeführt werden mit dem Schwerpunkt Finanzbildung

Demokratie

Demokratische Schule

Eine funktionierende Demokratie muss bereits auf kleinster Ebene konsequent gelebt werden, um sich auf großer Ebene entfalten zu können. Daher setzten wir uns dafür ein, alle Prozesse in der Schule und Schüler:innenvertretung zu demokratisieren.

Allgemeines Wahlrecht, bei Wahl der Landesschüler:innenvertretung.
Die Landesschüler:innenvertretung (LSV) ist die gesetzlich gewählte Vertretung

aller Schüler:innen in den Bundesländern. Aktuell ist sie allerdings nicht demokratisch legitimiert. Im Moment dürfen an der Wahl zu diesem Gremium nur die Schulsprecher:innen teilnehmen. Aus unserer Sicht muss jeder die Möglichkeit haben, seine eigene Vertretung zu wählen – nicht nur wenige Privilegierte.

Wir fordern daher, dass das aktive Wahlrecht zur LSV ab der 9. Schulstufe allgemein zugänglich sein soll.

Abstimmung über konkrete Verwendung von Finanzmitteln im SGA

Wie und für was das Budget einer Schule verwendet wird, darf nicht allein der Schulleitung obliegen, sondern muss ebenfalls demokratisch entschieden werden.

Daher fordern wir, dass sämtliche konkrete Verwendungszwecke des Schuletats im SGA erklärt, diskutiert und genehmigt werden müssen.

Mentale Gesundheit

Psychische Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Lernen und ein gutes Schulklima. Deshalb fordern wir die Förderung von Peer-Ausbildungen in Bereichen wie Stressbewältigung, Krisenprävention und Mediation, um Schüler:innen frühzeitig zu stärken und gegenseitige Unterstützung zu fördern. Ein verpflichtender „Erste-Hilfe-Kurs für die Psyche“ in der Sekundarstufe I soll helfen, Warnsignale zu erkennen und Hemmschwellen beim Suchen nach Hilfe abzubauen. Aufklärungskampagnen der LSV Steiermark über Hilfsangebote machen psychische Belastungen sichtbarer und zeigen Wege aus der Krise. Regelmäßige Mental Health Check-ups durch Fachpersonal ermöglichen es, Probleme früh zu erkennen, bevor sie chronisch werden, weil seelische Gesundheit genauso wichtig ist wie körperliche.

Wir fordern, aktive Förderungen von Peer-Ausbildungen in Bereichen wie Stressbewältigung, Krisenprävention sowie – intervention oder Mediation.

Wir fordern, einen „Erste-Hilfe-Kurs für die Psyche“ in der Sekundarstufe I

Wir fordern, Aufklärungskampagnen von der LSV Steiermark über Hilfsangebote bei psychischen Problemen

Wir fordern Regelmäßigen Mental Health Check ups von dafür ausgebildeten Personen